Posener Zeitung.

№ 151. Sonntag den 2. Juli. 1848.

Die nachstehenden Bestimmungen des Gesetzes über die Presse vom 17ten März d. J. sind bisher fast gar nicht, oder doch nicht vollständig in der hiesigen Provinz beachtet worden:

Auf jeder Druckschrift muß am Schlusse der Name und Wohnort des Druckers, auf jedem mechanisch vervielfältigten Bildwerke am Fuße der Name und Wohnort desjenigen, der die Vervielfältigung bewirkt hat, angegeben werden.

Außerdem muß auf der Schrift oder dem Bildwerke, wenn sie, es sei mit oder ohne Uebertragung des Verlagsrechts durch den Buch- oder Kunsthandel verbreitet werden sollen, der Name und Wohnort der mit der Verbreitung beauftragten Handlung genannt seyn.

Der Verleger einer nicht periodischen Druckschrift, so wie derjenige, in dessen Kommission eine nicht periodische Druckschrift erscheint, ingleichen derjenige, welcher eine solche Schrift, ohne sie in Kommission zu geben, im Selbstverlage erscheinen läßt, ist verpflichtet, zugleich mit der Herausgabe des Werkes eine schriftliche Anzeige, welche den Titel des Werkes enthalten muß, bei der Orts-Polizeibehörde einzureichen, auch derselben auf Verlangen ein Exemplar der Druckschrift vorzulegen.

Am Ende jedes Stückes einer Zeitschrift ist der Herausgeber, so wie der Verleger, wenn dieser vom Herausgeber verschieden ist, und der Drucker namhaft zu machen.

Da Verletzungen gegen diese Vorschrift nach §. 6. des Gesetzes mit Geldbuße von 5 bis 100 Rthlr., oder mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden, so finde ich mich im Interesse der Betheiligten, und um dieselben vor Schaden zu wahren, veranlaßt, auf diese gesetzlichen Vorschriften aufmerksam zu machen. Posen, den 27. Juni 1848.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen. v. Beurmann.

Bekanntmachung.

In der am 5ten Juli. d. J. stattfindenden öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten, in welcher auch die Einführung der in diesem Jahre erwählten Stadtverordneten erfolgen wird, werden nachstehend verzeichnete Gegenstände zur Berathung gelangen: 1) betreffend die Wahl der Deputirten zur Einschätzung des steuerpflichtigen Einkommens; 2) der Antrag auf Emanirung eines dreijährigen Moratorii; 3) die Instandsetzung eines Brunnens im Theresienkloster; 4) die Wahl eines Deputirten zur Servisdeputation; 5) die Wahl eines Deputirten zur Revision des Grund-Steuer-Katasters; 6) die Revision der Gebühren- und Sportel-Kassen-Rechnung pro 1847; 7) persönliche Angelegenheiten.

Der Vorsteher Knorr.

Inland.

Berlin, den 30. Juni. Des Königs Majestät haben dem Kaiserlich Brasilianischen Brigade-General, Paulo Barboza da Silva am 24. d. M. im Schlosse Sanssouci eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen das Schreiben seines Souverains entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe als Kaiserlich Brasilianischer außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am hiesigen Hofe beglaubigt worden ist.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Steuer-Inspektor Blankenburg in Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Chef der Schützengilde in Prettin, Oekonomen Boeckner, und dem Ober-Landesgerichts-Exekutor Karl Friedrich Fuchs in Stettin das Allgemeine Ehrenzeichen;

Dem Polizei-Präsidenten von Minutoli den Rang eines Rathes erster Klasse zu verleihen; den Geheimen Kanzlei-Inspektor des Justiz-Ministeriums, Rummelspacher, zum Kanzlei-Rath zu ernennen; dem bisherigen Bürgermeister Otto zu Wriezen den Titel als Kommissions-Rath; und dem Provinzial-Steuerkassen-Rendanten Nicky in Breslau den Dienst-Charakter als Rechnungs-Rath zu v-rleihen.

Posen, den 1. Juli. Die Wetterwolken, die so bedrohlich am vaterländischen Himmel sich zusammengezogen hatten, und jeden Augenblick mit furchtbarem Zusammenstoß drohten, scheinen sich zerstreuen zu wollen, wenn überhaupt noch ein Ausbruch zu vermeiden ist, auf den sich Alles auf diese Tage vorbereitet hielt. Wenigstens leuchtet der Tag an manchen Stellen unseres politischen Horizonts wieder durch, und berechtigt den, der alle Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, zu der Meinung, es werde das Licht siegen.

Trüber fast, als die Lage Deutschlands in den letzten Wochen sich gestaltet hatte, konnte dieselbe nicht werden, denn wirklich sah es aus, als ständen wir am Rande des Verderbens, und als wolle der Eigenwille, die Uneinigkeit, der Zwiespalt und die Gesetzlosigkeit uns systematisch zur förmlichen Auflösung der Gesellschaft führen.

Wir haben unsern Lesern vielfältig die erklärlichen Ursachen dieses Zustandes vorgeführt: die bisher verdeckten Wunden, die das alte System dem Gemeinwesen geschlagen hatte, lagen plötzlich offen da, und ein Theil derer, die heilen wollten, wählte das Mittel der Vernichtung des ganzen Körpers; nur nach vollständiger Zerstörung alles Ueberkommenen, nach Lösung aller Bande, wähnten unsere äußersten Linken einen staatlichen Neubau aaffühlen zu können. Wir hatten aber immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß über Alles die Einsicht siegen würde, selbst dann, wenn man planmäßig an ihre Stelle die Herrschaft der Unvernunft würde setzen wollen.

Es kam in diesem Gewirre vor Allem darauf an, daß die rechtlichen Gewalten in Deutschland zum Bewußtsein ihrer Aufgabe und zur inneren Kräftigung gelangten, daß sie die schlaffen, ihren Händen förmlich entglittenen Zügel, wieder anzögen, daß der Anarchie gegenüber das Gesetz seine Herrschaft begönne, und es war dann wahrscheinlich, daß alle Bessergesinnten, denen der Anhalt fehlte, sich rasch um die Fahne der Ordnung schaaren würden, und alle die, denen der Muth der Meinung und das Bewußtsein der Pflicht mangelt, das gesammte Pfahlbürgerthum, das die Gränel der Gesetzlosigkeit ohne Widerstand über sich hatte hereinbrechen lassen, sich dahin wenden würde, wo mit Energie Folgeleistung gefordert wird.

Und es scheint nach den neuesten Mittheilungen, als habe namentlich in Berlin ein solcher Umschwung stattgefunden. Die neue Verwaltung entwickelt Thatkraft und redlichen Willen, und wenn sie sich auf eine zahlreiche Majorität der Kammer wird stützen können, gelingt es ihr vielleicht noch den Boden zu befestigen, der in fast unglaublichem Grade in der jüngsten Zeit unterwühlt worden ist. Freilich wird die Berliner constituirende Versammlung eine andere als die bisherige Haltung annehmen müssen: jenes ungeschichtete Durcheinander der Parteien, die Zerfahrenheit der Meinungen, das Verschwimmen der Ansichten, die parlamentarische Taktlosigkeit, die Koterieen in den einzelnen Seiten des Hauses und die dadurch herbeigeführte Unzuverlässigkeit der Abstimmungen müßte endlich aufhören und einer regelmäßigen Parteistellung Platz machen. Hoffen wir, daß dies neue Cabinet durch Unterstützung der in die Kammer übergegangenen Mitglieder des früheren im Stande sein wird, diese Sonderung zu bewirken, und daß dann einer kompakten Majorität gegenüber die Ränke der Ultra's ohne Erfolg bleiben werden.

Wichtiger ist das, was im Frankfurter Parlament sich vorbereitet. Die Frage wegen Bildung der Centralgewalt hat die Parteien hier zur nothwendigen Stellung gegen einander gebracht, und was noch mehr, es hat sich auch bald eine Versöhnung der Ansichten gefunden, die in großen entscheidenden Momenten den Einzelnen ganz vor den Forderungen der Allgemeinheit zurücktreten läßt. Man darf es der Linken in Frankfurt nachrühmen, daß sie mit Aufopferung ihrer Tendenzen bei dieser Gelegenheit nur die Noth des Vaterlandes im Auge gehabt, und lieber, indem sie sich der Wahl eines Reichsverwesers hinneigte, diese Wahl durch ihren Beitritt sichern wollte, als daß sie auf Seiten der Minderheit stehend, dadurch das unangenehme Beispiel zweier an Zahl fast gleicher feindlicher Parteien gegeben hätte.

Begrüßen wir in dem Umstande die ersten Zeichen der Rückkehr der Ordnung; geben wir uns nächstens wieder der Hoffnung auf eine glückliche Lösung unserer großen Angelegenheiten hin, einer Hoffnung, die jüngst ganz zu schwinden drohte.

---

* Posen, den 1. Juli. [Fortsetzung der Denkschrift.] Diesen unberechtigten Polnischen Demonstrationen konnte die Deutsche Bevölkerung nicht gleichgiltig zusehen, zumal „das Königl. Patent vom 18. März den bisher von der staatlichen Vereinigung Deutschlands ausgeschlossenen Provinzen des Königreichs verkündigt hatte, daß von Seiten des Staatsoberhaupts ihrer Aufnahme in den Bund nichts entgegenstände.“

„Fast gleichzeitig erhob sich im Netzdistrikt, in den Theilen Westpreußens, wo das Treiben der Polnischen Agitatoren Zweifel an dem Bestand der Deutschen Ordnung angeregt hatte, und in den Landschaften des Posener Regierungsbezirks mit überwiegend Deutscher Bevölkerung die Forderung der Deutschen, von der national-poln. Reorganisation ausgenommen und dem Deutschen Bunde einverleibt zu werden. Mit wenigen Ausnahmen sprach sich in sämmtlichen Petitionen der Deutschen jener Grenzmarken die vollste Anerkenung einer Berechtigung Polnischer Nationalität und die wärmste Theilnahme für die Befreiung Polens aus, aber in allen ohne Ausnahme auch das ausgeprägteste Deutsche Nationalbewußtsein und die glühendste Liebe für das große Vaterland, für dessen mächtigere und freiere Gestaltung die Monsterpetition der Einwohner Westpreußens und der Deutschen Theile des Großh. Posen an den zweiten Vereinigten Landtag vom 28. März u. A. sagt: „In einer Zeit, wo alle Völker den „Drang nach Freiheit fühlen, wo alle Nationalitäten in jugendlicher Kraft her„vortreten, um ihre Selbstständigkeit zu erringen, kann es gewiß auch den Po„len nicht verdacht werden, wenn sie Hoffnungen und Wünsche für eine Rege„neration ihres Vaterlandes hegen und diese zu verwirklichen suchen. Am aller„wenigsten können Deutsche, die sich selbst eines erwachten Nationalgefühls er„freuen, diesem Streben feindlich entgegentreten. Es kann daher nicht davon „die Rede sein, Polen Deutschland zu inkorporiren und die Polen zu Deutschen „zu machen, aber mit demselben Rechte wollen wir Deutsche uns nicht Polen „einverleiben und von Deutschland ausschließen lassen. Es läßt sich der Streit „daher nicht durch Vermittelung, sondern nur durch Trennung lösen; durch „eine Trennung, die, abgesehen von administrativen Beziehungen, vor allem in „einer verschiedenartigen Feststellung der Verhältnisse der einzelnen Theile der „Provinzen zu Deutschland bestehen muß. Es ist dies eine Frage, die nicht „nach Sympathien, sondern nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit entschieden „werden muß. Die Gerechtigkeit aber verlangt, daß Jedem das „Seine werde: die Erde ist neutral, der Boden eines Landes ist weder Pol„nisch noch Deutsch, nur die Bewohner geben ihm den Charakter der Nationa„lität. Ganz Westpreußen, der sogenannte Netzdistrikt des Bromberger De„partements, alle Kreise, die an die Mark und Schlesien grenzen, sind theils „ausschließlich, theils zu mehr als zwei Drittheien von Deutschen bewohnt, und „nur in dem vormals südpreußischen Theile der Provinz ist die Zahl der „Polnischen Einwohner überwiegend geblieben.“ Und am Schlusse: „Sehen „Sie sich um in den Städten dieser Kreise; auf Rathhäusern und Thürmen „weht die schwarz-roth-goldene Fahne neben der Preußischen weit in das Land „hinein; sie sind nicht von Behörden aufgesteckt, das Volk hat sie mit Jubel

„durch die Straßen getragen und aufgepflanzt als ein sichtbares Zeugniß seines festen Willens, Deutschen Sitten und Deutschem Namen treu zu bleiben. Gehen Sie durch Städte und Dörfer, auf allen Gütern sehen Sie die Deutsche Trikolore, überall finden sie bewaffnete Bürger und Bauern, zusammengeschaart zur Vertheidigung ihrer Rechte als Streiter für die Grenzmarken Deutschlands. Die Sache ist hiernach durch die That entschieden, entscheiden Sie dieselbe durch den Ausspruch des Rechts. Es handelt sich nur um unser Recht an Deutschland und um Deutschlands Recht an uns. Es handelt sich für uns um das, was alle Menschen für das höchste Gut halten, um unser Volksthum und ein Vaterland. Schließen Sie uns daher ein in die große Deutsche Familie, erklären Sie feierlich, daß auch Westpreußen, der Netzedistrikt und alle Deutsche Kreise der Provinz Posen dem Deutschen Bunde angehören, denn soweit die Deutsche Zunge klingt, soll auch das große und einige Deutschland reichen." — „Nein, weder Polen- noch Russenthum," sagt eine Petition von 4000 Einwohnern des Kreises Wirsitz, „gewinne je hier die Oberhand, so lange noch ein Preußischer Degen fechten, ein Deutsches Herz schlagen wird."

Aehnliche, ebenso energische wie wahrhaft patriotische Petitionen erfolgten mehrmals von 1260 Grundbesitzern und der Stadtbevölkerung des Meseritzer Kreises, wiederholt aus dem Netzdistrikt, aus dem Fraustädtischen, endlich „stellte in Uebereinstimmung mit den in einer großen Reihe von Petitionen der Betheiligten ausgesprochenen Begehren, das Deutsche National-Comité zu Posen den bestimmten Antrag auf Festsetzung einer Demarkationslinie zwischen den überwiegend Deutschen Landschaften des Großherzogthums Posen, zu welchen letztern aber unausbleiblich die Stadt und Festung Posen zu gehören habe."

Die Deputation des Netzdistrikts hatte in ihrer Monsterbittschrift am 28. März darauf gedrungen, daß das Ministerium die sofortige Einverleibung des Netzdistrikts in Deutschland ausspreche; als der Minister des Innern erklärte, daß „abgesehen von Petitionen anderer Kreise, über eine so hochwichtige Staatsmaaßregel nicht so leicht beschlossen und keinenfalls eine sofortige definitive Zusage ertheilt werden könne," erwiderte die Deputation am 29. März: „Wir haben unsern Antrag genau und sorgfältig erwogen und erklären demgemäß: des Königs Majestät haben den Abgeordneten Polnischer Nationalität auf den einfach ausgesprochenen Wunsch derselben ein Comité zur Reorganisation dieser Nationalität zu bilden gestattet. Wir erkennen die Gerechtigkeit dieser Maaßregel an, fordern aber für die in den ursprünglich nicht zu Polen gehörenden, späterhin dazu gelegten Kreisen des Netzdistrikts wohnende, fast ausschließlich Deutsche Bevölkerung die gleiche Gerechtigkeit und halten uns überzeugt, daß diese nur dann vollständig gewährt werde, wenn diese Kreise gänzlich vom Großherzogthum Posen getrennt werden. Wenn aber Ew. Exzellenz bei dieser Bitte einigermaßen bedenklich schienen, so erklären wir unsererseits, daß wir die Ueberzeugung nicht gewinnen können, wie die Reorganisation der Polnischen Nationalität des Großherzogthums Posen ein Akt von geringerer politischer Wichtigkeit sei, als derjenige Akt der Gerechtigkeit, durch welchen vier Kreisen des Großherzogthums ihre ursprüngliche und faktisch bestehende Deutsche Nationalität gewahrt werde. Wir müssen vielmehr der Ansicht sein, daß unserer Petition nicht das gerechte Fundament, sondern nur die zwingende Gewalt des Augenblicks in den Augen des Gouvernements fehle, aber diese Gewalt ist unläugbar in vollem Maaße vorhanden. Wir laufen Gefahr beim Nichtergreifen schleuniger Maaßregeln unsere Deutsche Nationalität unterdrückt zu sehen. Außerdem reihet sich der Gewalt des Augenblicks die Macht der öffentlichen Meinung an, welche ebenso wie bei Schleswig-Holstein, so bei uns die Wahrung Deutscher Nationalität auf das Entschiedenste fordern wird. Dennoch wollen wir bei aller Gerechtigkeit unserer eigenen Sache, die gleichzeitig dem Deutschen Vaterlande an der gefährdeten östlichen Grenze 200,000 treue Bürger erhält, die Mühen und Sorgen, womit die Regierung in so ereignißschwerer Zeit zu kämpfen hat, nicht vermehren. Wir wollen für den Augenblick, aber auch nur für den Augenblick, von einem definitiven administrativen Anschluß an die Provinz Preußen abstehen, und uns unsere desfalsigen weiteren Anträge vorbehalten. Wir fordern aber von der Regierung Seiner Majestät, daß den Bewohnern des Netzdistrikts und vorzugsweise denen der vier Kreise Bromberg, Wirsitz, Chodziesen, Czarnikau, in Form einer Königlichen Kabinetsordre die bestimmteste Zusage gegeben werde, daß keine derjenigen Maaßregeln, welche bei der beabsichtigten Reorganisation der Polnischen Nationalität etwa ergriffen werden möchten, auf irgend einen dieser Kreise ausgedehnt und daß ein Truppenkorps in diesen Kreisen aufgestellt werde, damit wir mit demselben vereint, und mit den Waffen in der Hand, erforderlichen Falls den Inhalt dieser Königlichen Ordre aufrecht erhalten können. Sollte die Regierung Seiner Majestät hierauf nicht eingehen, so müssen wir uns mit unserer gerechten und nationalen Sache an die Preußische National-Vertretung, an das Deutsche Parlament, an die ganze Deutsche Nation wenden und machen die Regierung für alles inzwischen unnütz vergossene Blut verantwortlich. Wir erklären, daß obwohl wir dem Könige unserm Herrn unerschütterlich treu und gehorsam sind, wir doch lieber unser Leben verlieren, als uns Institutionen aufdrängen lassen wollen, welche unsere Nationalität vernichten würden. Schließlich fassen wir unser ganzes Streben in den wenigen Worten zusammen: „Deutsche Männer aus einem Deutschen Lande, Unterthanen eines Deutschen Fürsten bitten am Throne um Erhaltung ihrer Nationalität.""

Die Denkschrift fährt fort:

„Die Regierung des Königs konnte diesen Anträgen für den Augenblick nicht Gehör geben. Eine nationale Reorganisation des Großh. Posen war durch Königliches Wort verheißen. Sie sollte der Polnischen Nationalität zum vollen Rechte in diesem Landestheil verhelfen. Führte dies Reorganisiren im nationalen Sinne zu einer Scheidung der Nationalitäten innerhalb der Grenzen der Provinz, stellte sich's heraus, daß ein unverholenes Anerkenntniß voller Berechtigung sowohl des Polenthums als des Deutschthums mit der Fortdauer des 1815 gestifteten Provinzialverbandes nicht verträglich sei, dann mochte der letztere gelöst werden, dann war dies sogar eine Maaßnahme nationaler Reorganisation.

Aber es lagen zahlreiche Bittschriften aus den verschiedensten Kreisen außerhalb des Netzdistrikts vor, welche denselben Antrag um Aufnahme in den Deutschen Bund und Ausschließung von der Polnisch-nationalen Umgestaltung aussprachen. Eine bestimmte Scheidelinie zwischen diesen Landschaften und den übrigen war noch nicht unzweifelhaft ersichtlich; sie war nicht zu dekretiren, sie mußte durch fortgesetzte Kundgebung des Volksbewußseins sich näher herausstellen. Es mußte eine besonders dringende Veranlassung vorliegen, welche die Trennung der national verschiedenen Gebiete des Großherzogthums gebot; es mußte Gefahr im Verzuge sein. Ehe dieser Fall eintrat, genügte der ausgesprochene Wille, der bei einer Deutschen Regierung übrigens vorauszusetzen war, daß die Forderungen der Deutschen nicht minder als die der Polen Berücksichtigung finden würden." (Fortsetzung folgt.)

* Posen, den 30. Juni. Es liegt uns ein Schreiben eines zuverläßigen, im Königreich Polen wohnenden Mannes vor, in dem sich derselbe durchaus dagegen ausspricht, als beabsichtigte man russischer Seits ein Ueberschreiten der diesseitigen oder österreichischen Grenzen. Allerdings sind die ins Königreich Polen gezogenen Truppen bedeutend, indeß liegt auch nicht ein Anzeichen vor, daß dieselben für jetzt eine Diversion gegen das diesseitige Gebiet zu machen beabsichtigten. So viel steht fest, daß Rußland sich rüstet, wie aber der Correspondent richtig bemerkt, folgt es ja nur hierin allen übrigen Mächten, die mehr oder weniger in der Nothwendigkeit sich befinden, für alle Eventualitäten ein schlagfertiges Heer bereit zu halten. Die unumwundenen Erklärungen der Minister in Berlin sprechen durchaus keine Besorgniß vor einer russischen Invasion aus, und stellen jede bezügliche Note in Abrede, die dem Kabinet deshalb zugekommen sein sollte. Blickt man auf das, was in der Moldau und Wallachei zu Gunsten Rußlands sich vorbereitet, und wie dort nur noch ein Schlag nothwendig ist, um die nordische Herrschaft in den Donaufürstenthümern für immer zu sichern, so wird man der Ansicht eher Recht geben, daß die Rüstungen an der Westgrenze auch dazu dienen sollen, die Aufmerksamkeit von der Stelle wegzulenken, wo sie der russischen Politik schaden könnte. Hierüber bemerkt die Dtsch. Allg. Ztg.: „Beiläufig gesagt, gehören die zahlreichen neuesten Gerüchte von unmittelbar gegen Preußen drohender russischer Kriegsgefahr trüben Quellen an, und sollen theils die Aufregung und Creditlosigkeit in Deutschland erhalten, theils zu Schritten verleiten, die den Krieg provociren müßten. Alle zuverlässigen Nachrichten, besonders auch die Handelsbriefe bestätigen, daß Rußland zwar zum Kriege bereit ist, aber den Frieden will, wenigstens jetzt noch abwartet und, wenn es von den ungeheuern Streitmassen, die es aufgehäuft, Gebrauch machen sollte, diese wahrscheinlich in südlicher Direktion verwenden, nicht aber gleichzeitig in Posen und Schlesien operiren würde, wenn es nicht gewaltsam dorthin gezogen wird." Und die Deutsche (Gervinus-Zeitung) fügt sehr richtig über die Verhältnisse in Posen hinzu: „Alle Unterrichteten stimmen darin überein, daß, obgleich die russische Militairmacht in Polen größer ist, als man hier und da glauben macht, und täglich an Zahl und Umfang wächst, man dort nicht daran denke, im gegenwärtigen Augenblicke loszuschlagen. Bleibt die Reorganisation auf den Theil beschränkt, den die letzte vom General v. Pfuel als definitiv bezeichnete Demarkationslinie bestimmt, bleibt also die Festung Posen in deutschen Händen und der unruhige Geist der Polen durch die deutsche Gegenwirkung gedämpft, so mag Rußland sorgloser dazu sehen; und wer den russischen Krieg vermieden sehen will, würde daher schon darum die Absichten der preußischen Regierung in Posen eifrig unterstützen müssen. Allein Rußland sieht es nicht für verbürgt an, daß die Reorganisation in dieser Weise beschränkt bleiben werde. Es kennt die traurige Lage des preußischen Landes zu gut, es weiß zu gut, wie in Deutschland von einer mächtigen und populären Partei der Credit alles Regiments, und des preußischen besonders, methodisch zu Grunde gerichtet wird, es sieht die Anarchie wachsen, die Lähmung aller ordnenden und zusammenhaltenden Kräfte zunehmen, es kann voraussehen, daß ein Ministerium nach dem andern in Berlin sich aufreiben, zuletzt der König zur Resignation sich entschließen wird, es kann erwarten, daß in der steigenden Verwirrung die polnische Erbitterung und Unbedachtsamkeit noch ein Mal eine Erhebung herbeiführt; dieser Moment der allgemeinen Schwäche und Zerrissenheit, in dem ihm in Polen noch ein Mal ein näherer Anlaß geboten würde, wird der sein, den sich Rußland zum Zuschlagen ausersehen hat." Deutschland möge die Wahrheit des letzten Ausspruchs beherzigen.

H Meseritz, den 29. Juni. In einer Zeit, wo die Souverainetät des Volk's sich als leitendes Prinzip geltend machen will, ist es, unseres Dafürhaltens, die krasseste Inconsequenz, die Nothwendigkeit einer ersten Kammer zu bestreiten.

So lang nicht jeder Urwähler sittlich frei und politisch reif ist, so lang Wahlen durch Parteimachinationen beherrscht werden, bietet eine aus Urwahlen hervorgegangene Kammer für die Zweckmäßigkeit ihrer Beschlüsse nicht die nothwendige Garantie. Und diese ist am wenigsten gegeben, wenn politische Gährung die Leidenschaften entfesselt und die Gemüther durch Mißtrauen captivirt.

Könnte ein, durch die Majorität einer Stimme, zum Gesetze erhobener Beschluß mit vollem Rechte als Ausdruck des Volkswillens angesehen werden? — Wir stehen nicht an, diese Frage mit Nein zu beantworten. — Das Zweikammersystem hebt das Bedenken. Die Beschlüsse einer zweiten Kammer treten, sobald sie gefaßt sind, vor das Volkstribunal der Presse; hier werden sie gesichtet und gewogen, gebilligt oder verworfen. — Der Ausspruch der Presse wird fast immer als Kundgebung des Volkswillens angesehen; — warum sollte er da nicht Berücksichtigung finden, wo es sich um das Heiligste des Volkes, um seine Gesetze handelt?

Die erste Kammer ist berufen, das Raisonnement der zweiten, wie es ihr in den stenographischen Berichten vorliegt, gegen die Ausstellungen der Presse zu halten und dann in letzter Instanz ruhig und besonnen zu entscheiden. Sie hat alle Materialen gedruckt vor sich, ist somit nicht der Gefahr ausgesetzt, in ihrem Urtheile der Gewalt des Augenblicks zu unterliegen, oder durch Scheingründe einer blendenden Rede bestochen oder beherrscht zu werden.

Das Zweikammersystem verwerfen, heißt der Intelligenz des Volks ihren Einfluß auf die Gesetze abschneiden, das Volk also durch eine zufällige Majorität der Vertreter tyrannisiren.

Jedes richterliche Urtheil gestattet die Berufung an eine höhere Instanz; — ist ein das ganze Volk bindendes Gesetz von geringerer Wichtigkeit, als das Streitobjekt eines Civilprozesses?

Erkennen wir aber die Nothwendigkeit einer zweiten Debatte und Beschlußfassung über unsere Gesetze an, so fordern wir von den Gesetzgebern der zweiten Instanz billigerweise alle Garantieen, die wir bei dem höheren Richter als nothwendig voraussetzen. Dazu gehört vor allem reiferes Alter und die demselben adhärirende größere Ruhe, Erfahrung und Intelligenz; ferner ein verhältnißmäßiger Besitz, der des Abgeordneten Unabhängigkeit nach jeder Richtung sichert, ihn naturgemäß conservativ macht und ihn bestimmen muß, allem entgegen zu treten, was die bürgerliche Ordnung zu zerstören droht.

Die Regierung wird, wir bezweifeln es nicht, auf die theilweise auf Erblichkeit basirte Zusammensetzung der ersten Kammer verzichten; es gilt mithin, einen geeigneten Wahlmodus zu schaffen.

Wir würden als zweckmäßig erachten, die Wahlen für die erste Kammer nach bestimmten Kategorieen (Berufsarten) den Provinzialständen zu überlassen, diese aber zuvörderst in der Art zusammenzusetzen, daß ihre Wähler nach Berufsarten sich vereinigen und so jedem Stande seine Repräsentation sichern. Das Wahlrecht würde natürlich bedeutend zu erweitern sein. So wäre die Wahl doppelt indirect, und den Provinzialständen könnte dabei überlassen bleiben, die Männer ihres Vertrauens auf jedem Punkte des Landes zu suchen.

*P** Berlin, den 29. Juni. Das Ministerium des Unterrichts beabsichtigt eine Umgestaltung des gesammten Unterrichtswesens im Geiste der Zeit. Für das Volksschulwesen hat dasselbe Kreiskonferenzen unter Leitung der Superintendenten, Schul-Inspektoren oder Landräthe eingerichtet, damit auf denselben die Ansichten, Bitten, Beschwerden und Wünsche der Volksschullehrer ausgesprochen und erörtert würden. — Für das höhere Unterrichtswesen ist ein anderes Verfahren eingeschlagen worden. Die Lehrerkollegien der höheren Lehranstalten sind zunächst aufgefordert, ihre Wünsche und Anträge „auf den kürzesten Ausdruck gebracht" schriftlich einzureichen. Dieselben sollen dann in einer Commission sachverständiger Schulmänner, die am 25. Juli im Sitzungssaale des Unterrichtsministeriums ihre Sitzungen beginnen wird, berathen werden. Nach dem Ergebniß dieser Berathungen sollen dann die etwa nöthigen Gesetzentwürfe zur Vorlage an die Nationalversammlung ausgearbeitet werden.

Diese Anordnung rührt noch vom Ministerium Schwerin her, es ist nicht Grund anzunehmen, daß das Ministerium Rodbertus die getroffene Verfügung ohne äußere Veranlassung wieder zurückziehen werde. Wenngleich nun keinem Ministerium jemals verweigert werden kann, sich Raths zu erholen woher es will, also auch von einer Versammlung, deren Mitglieder es selber ernennt und wenngleich es daher zu mißbilligen ist, deßwegen zu protestiren, wie es z. B. zu Marienwerder die Lehrerversammlung Westpreußens gethan hat; so hatte man doch allgemein erwartet, daß das Ministerium nicht den alten Weg langwieriger Schreibereien, büreaukratischer Bevormundung und selbsteigener Ernennung solcher Versammlungsmitglieder eingeschlagen würde, sondern man hatte vielmehr gehofft, das Ministerium werde eine auf freien Lehrerwahlen beruhende allgemeine Gymnasiallehrer-Versammlung ausschreiben. Eine solche Versammlung müßte jedenfalls mehr Vertrauen erwecken sowohl für die Lehrerwelt, als für das Publikum, als auch namentlich für die Nationalversammlung, welcher die Lehrerversammlung ja doch eigentlich nur die Vorarbeiten liefern soll. In diesem Sinne sind denn auch Anträge an das Ministerium in diesen Tagen eingereicht, sowohl von der Gesellschaft der hiesigen Gymnasial- und Reallehrer, als auch selbstständig von einzelnen Lehrerkollegien der Gymnasien Berlins, der Provinz Brandenburg, von der Schulmännerversammlung der Rheinlande und Westpreußens.

— Ein hiesiges Lokalblatt erzählt folgende Geschichte, die sich mit Herrn v. Minutoli kurz vor seinem Abgange zugetragen hat: Ein Premier-Lieutenant v. Tronchin, als Eiferer gegen die politischen Bewegungen sonst bekannt, fand sich bei dem Polizei-Präsidenten ein und machte ihm wegen des Mangels an Energie in Unterdrückung jener Bewegungen heftige Vorwürfe. Herr v. Minutoli verließ das Zimmer und kehrte nach einigen Minuten mit zwei Pistolen zurück. Er bemerkte, daß nur eine geladen sei, und ließ seinen Gegner zwischen beiden wählen. Herr v. Tronchin ergriff die eine Waffe, für Herrn v. Minutoli blieb die geladene zurück, worauf dieser seinen stürmischen Gast ohne Weiteres aus dem Zimmer wies.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Zweiundzwanzigste Sitzung, vom 28. Juni.

Beginn $12\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Grabow. Das Protokoll der gestrigen Sitzung, durch den Sekr. Abg. Parrisius für Gr. v. Cieszkowski verlesen, wird sofort angenommen. Dasselbe ergiebt, daß zu den acht Schriftführern gestern schließlich die HH. Schneider, Haußmann, Parrisius, Bauer, (aus Krotoschin), v. Daniels, v. Geßler und Plönnis erwählt wurden. — Außerdem sind die HH Duncker und Mätzke zu Quästoren in Bezug auf das Kassenwesen der Versammlung durch das Präsidium berufen worden.

Hr. v. Lipski stellt den dringenden Antrag, daß alle Drucksachen, die, es sei von wem es wolle, der Kammer ausgetheilt werden, mit Namensunterschrift versehen sein müssen, widrigenfalls sie zurückgewiesen werden. Nachdem dieser Antrag sparsam unterstützt worden, motivirt Redner denselben, indem er darauf hinweist, daß jeder, der der Kammer eine Druckschrift mittheilt, auch von der Ansicht ausgehe, die Versammlung wenn möglich für seine Ansicht zu stimmen. Sei diese eine ehrenhafte, so könne auch der Name genannt werden, denn nur im Gegentheil verkrieche man sich hinter die Anonymität. (Redner schreit diese Worte so heftig, daß sich Gelächter erhebt. Einige ironisirende Stimmen: Lauter! Wiederholtes Lachen.) Zum Beweise legt Redner 2 heut vertheilte Drucksachen vor. Die Dringlichkeit des Gegenstandes liege aber eben darin, daß künftig dergleichen unlautere Machinationen vermieden werden müßten. (Die Majorität verlangt den Schluß der Debatte.) Der Antrag wird mit großer Majorität verworfen.

Herr Gladbach interpellirt den Kriegsminister darüber, daß den aus Schleswig zurückkehrenden ruhm- und sieggekrönten Freischärlern nicht allein ihre Waffen, sondern auch Sieges-Trophäen in Spandau abgenommen worden. Er verlange Auskunft, mit welchem Rechte das geschehen? Herr v. Schreckenstein erklärt, wenn anders es möglich ist, den Bericht der betreffenden Behörde bis dahin einzuholen, schon morgen darauf antworten zu können. Graf Reichenbach (vom Platze): Es sind einige verhaftet, sie dürfen nicht einen Tag mehr sitzen. (Murren.)

Man geht zur Tagesordnung vom 17. d. M. über. — An derselben ist:

Hr. Zacharias. Interpellation an den Herrn Minister des Innern: Ob der von demselben in einer früheren Sitzung in Aussicht gestellte Gesetz-Entwurf über die Bürgerwehr, auf Grundlage einer allgemeinen Volksbewaffnung beruhe, und in welcher Frist die Vorlegung desselben zu erwarten sei. Antragsteller deutet mit einigen Worten auf die Dringlichkeit des Gegenstandes hin, (wird unterstützt.)

Minister Kühlwetter erklärt, daß er im Stande sein werde, den desfallsigen Gesetzentwurf binnen höchstens 8 Tagen verzulegen, wenngleich sich die Frist nicht genau bestimmen lasse, und daß er hoffe, die hohe Versammlung werde mit den darin ausgesprochenen Prinzipien zufrieden und einverstanden sein.

Hr. Gladbach. Interpellation des Ministers des Innern: ob derselbe nicht geneigt sei, den betreffenden Verwaltungs-Behörden die definitive Ernennung der Bürgermeister, wie sie in diesen Tagen noch vorgekommen, sofort bis zum Erlasse der desfallsigen Gesetze zu untersagen? (wird unterstützt.)

Minister Kühlwetter: Da in der Interpellation nur von Bürgermeistern gesprochen worden, so fühle er sich auch nur verpflichtet, auf diesen Punkt zu antworten. (Antragsteller sprach von Kommunalbeamten im Allgemeinen.) Die Behörden seien angewiesen, fernere definitive Anstellungen der Art nicht mehr vorzunehmen. Sei dies dennoch geschehen, so müsse es eben vor diesem Ministerial-Erlaß geschehen sein.

Hr. Dierschke interpellirt das Staatsministerium: 1) ob dasselbe über die von Köslin ausgegangene Loyalitäts-Adresse resp. den Aufruf zum Widerstande oder gar zu einem Kreuzzuge gegen das Volk resp. die vermeintlichen Rebellen Berlins, und Beförderung der Adresse durch die Provinzial-Regierungen und Landraths-Aemter an die Gemeinden zur Unterschrift keine Kenntniß habe? (wird unterstützt.) Antragsteller motivirt: Ich habe leider die benöthigten Schriftstücke nicht zur Hand, da, wegen Länge der Zeit, diese Angelegenheiten meinem Gedächtniß entschwunden. (Gelächter.) Ich finde dabei nichts zu lachen? (Stärkeres Lachen.) Was ist denn eigentlich hierbei zu lachen? (Explodirendes Gelächter.) Ich habe, wie gesagt, die beweisenden Schriftstücke vergessen, doch berufe ich mich auf das Zeugniß vieler Deputirten aller Fraktionen, daß die Reaktion leider kein Gespenst, sondern in Wirklichkeit vorhanden ist. Die Reaktion ist stets ein großes Unglück für ein Land gewesen, und ich führe in dieser Beziehung das Beispiel Frankreichs, Italiens, Spaniens u. s. w. an. Minist. Kühlwetter versichert, daß ihm dergleichen Amtsverletzungen nicht bekannt seien, wenn er die Mittheilungen eines Deputirten an seinen Amtsvorgänger etwa abrechne. Im Uebrigen verstände es sich von selbst, daß Beamte, wenn sie als solche auf die angegebene Weise ihre Pflicht verletzten, zur Rechenschaft gezogen werden würden, daß ihnen jedoch, in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen es unbenommen sei, eine selbstständige politische Ansicht zu haben und zu verfolgen. Redner motivirt den zweiten Theil seiner Interpellation: ob das Staatsministerium den reaktionairen Bestrebungen einer großen Adels- und Rittergutsbesitzer-, wie auch Beamten-Partei nicht durch einen öffentlichen Erlaß im Sinne des Fortschrittes auf der Bahn der Freiheit entschieden entgegentreten wolle? dadurch, daß er jenen als Grund ihrer reaktionairen Bestrebungen die Furcht vor der Aufhebung der für sie vortheilhaften Feudallasten unterlegt. Minist. Kühlwetter weiset auf das vorgestern publicirte Programm des Ministeriums hin, welches genugsam die Gesinnung desselben dokumentire.

Hr. Brill erklärt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt. Das Programm spräche z. B. von genügenden Grundlagen für die Verfassung, während die Thronrede von den breitesten spräche. Er könne also in diesem Programm eben keine Garantie gegen die Reaktion finden. — Hr. Dierschke erklärt noch (zu allgemeiner Belustigung der Versammlung), daß der Landrath seines Wahlkreises, Ohlau, zu den Wählern geäußert: Die Deputirten werden nicht eher Gutes thun, als bis sie mit Kartätschen traktirt werden, denn Euer Deputirter hat ja schon gesagt, daß es eine Kleinigkeit sei, einen Minister aufzuhängen. — Hr. D. beruft sich auf das Zeugniß der Versammlung, ob er so etwas je gesagt habe. (Anhaltendes Gelächter.) Finanzminister Hansemann erinnert daran, daß dergleichen Anführungen wohl schwerlich hierher gehörten.

Hr. Schütze. Antrag: a) Daß sich sämmtliche 8 Abtheilungen baldigst lediglich mit dem Entwurf des Staatsgrundgesetzes beschäftigen und b) daß, so lange die Abtheilungen hiermit beschäftigt sind, wöchentlich nur zwei Plenarsitzungen Statt finden sollen, damit die Abtheilungen die nöthige Zeit gewinnen, sich ernstlich und anhaltend mit dem Entwurf des Staatsgrundgesetzes beschäftigen und ihre Aufgabe möglich schnell lösen zu können.

HH. Elsner und Scholz. Antrag auf sofortige Beschlußnahme der Versammlung, daß in den Abtheilungen eine Kommission zur Untersuchung der eigenthümlichen Verhältnisse die Weber und Spinner, sowie der gesammten Preußischen Binnen-Manufaktur, gewählt werde (wird sehr zahlreich unterstützt.) Hr. Elsner versichert, noch kürzlich ein Schreiben aus Hirschberg erhalten zu haben, welches die Noth die Weber u. s. w. mit den grellsten Farben schildert. Trotz der außerordentlich reichen Sammlungen, die doch nur für jeden einzelnen Bedürftigen ein Almosen abgeworfen, sei die Lage derselben eher schlimmer als besser geworden. Bei der jetzt von den meisten Arbeitern dort ergriffenen Baumwollen-Spinnerei sei täglich höchstens 1 Sgr. zu verdienen, wenn überhaupt Arbeit vorhanden. Diesen gräßlichen Zustand, schließt Redner, haben wir der engherzigen Politik des früheren absoluten Staates zu verdanken, der lieber seinen eigenen Provinzen die Abzugskanäle abschnitt, als seine unhaltbaren Prinzipien der Völkerfreundschaft und des Einverständnisses aufzugeben. Ich erinnere in dieser Beziehung an Spanien, Mexiko und Polen, welche Länder früher der Markt für Schlesische Leinwand gewesen. Zu diesem Elende kommt noch jetzt die auswärtige Concurrenz, die nicht entstanden wäre, hätte die Regierung den Reichthum seiner Provinzen gekannt. — Vielleicht schlägt Jemand das Auswandern vor?! Es muß weit mit einem Staate gekommen sein, der sich nicht anders in den Zeiten der Noth zu helfen weiß, als daß es die Nothleidenden von sich stößt in ein fernes Land, in die Knechtschaft, gegen die man Garantieen nicht zu bieten vermag Ich verharre bei meinem Antrage. (Bravo.)

Handelsminister Milde versichert, daß eine solche Kommission, wie Redner sie verlangt, von Seiten des Gouvernements alle Hülfe und Beistand zu erwarten habe. — Nachdem noch Hr. v. Borries die Wahrheit der Elsner'schen Worte bestätigt, wird die Bildung jener Kommission fast einstimmig beschlossen.

Hr. D'Ester. Interpellations-Anträge, a) an das Staats-Ministerium. Am Sonnabend den 10ten d. M. wurden aus der Festung Posen 91 Gefangen

ntlassen, zuvor aber am Vorderkopf über die Stirne glatt geschoren, im Beisein des zweiten Festungs-Kommandanten v. Helldorf. Ich stelle die Frage, was das Staats-Ministerium gesonnen ist zu thun, um solches die Würde eines civilisirten Staates schändende Verfahren, sei es, daß es von Civil- oder Militair-Behörden ausgeht, für die Zukunft unmöglich zu machen? (zahlreich unterstützt). Antragsteller motivirt: Schon früher habe eine ähnliche Interpellation stattgefunden, in Folge deren ein Unterbeamter bestraft worden. Er verlange nicht die Beantwortung dieses einzelnen Faktums, sondern wolle nur im Allgemeinen fragen, wie es möglich gewesen, daß ein so entehrendes schändendes Verfahren in einem civilisirten Staate habe Platz greifen können. — Das Programm bleibe sich auch in dieser allgemeinen Beziehung, allgemeine menschliche Rechte betreffend, gleich, es sage nichts. (Lachen.)

Minister-Präs. v. Auerswald versichert, daß das Ministerium einem solchen Verfahren überall entgegentreten werde.

Die spätere Beantwortung des einzelnen Faktums wird, nach kurzer Debatte, vorbehalten.

b) An das Staats-Ministerium: Welche Gründe dasselbe bewogen haben, die den Bewohnern der Rheinprovinz so mißfallenden großen Rüstungen und Truppenzusammenziehungen in dieser Provinz, namentlich die in der letzten Zeit ergriffenen militairischen (Rüstungs- und Armirungs-) Maßregeln in Köln vorzunehmen, und ob diese Gründe vielleicht in einer etwa nothwendig gewordenen Deckung der französischen Grenze beruhen (unterstützt).

Kriegs-Minister v. Schreckenstein: der Kriegs-Minister erfüllt nur seine Pflicht, wenn er in so drohenden Zeiten, wie die gegenwärtige, die Grenzfestungen alle besetzt, resp. verstärkt. Man muß die desfallsige Nothwendigkeit seinem Ermessen überlassen, soll er für die Folgen verantwortlich sein. Dergleichen Arbeiten sind aber zeitraubend und müssen also frühzeitig in Angriff genommen werden, abgesehen davon, daß durch dieselben gar manchem hülfsbedürftigen Erdarbeiter Unterstützung wird.

Gr. Reichenbach: Wenn hier von Armirung aller Grenzfestungen gesprochen werde, so müsse er bemerken, daß die Festung Neisse, ziemlich die bedeutendste gegen Osten, auch nicht in dem gehörigen Stande sei. So befinden sich dort z. B. nur sechs bespannte Geschütze, der Artillerie fehlen 1100 und dem Train 240 Pferde. Dabei sei die plötzliche Aufbringung der Bespannung in der Provinz ungemein schwierig, der Zustand der Truppen überhaupt keineswegs so, wie er gewünscht werden müßte.

Ministerpräsident v. Auerswald: Ich gebe anheim, ob es angemessen sei, über die Wehrhaftigkeit des Staats in der Weise, wie es hier geschehen, Details zu geben. (Lärm. Zur Linken: Allerdings. Beifall zur Rechten. Unterbrechung.) Hr. Esser spricht zur Geschäfts-Ordnung, und hält, obwohl er sich jetzt über die Truppenbewegungen am Rheine, eben weil die Geschäfts-Ordnung entgegenstehe, nicht äußern wolle, Anführungen, wie sie hier gemacht, bei der Interpellation für nicht statthaft. Hr. Moritz erklärt, gleich dem Grafen Reichenbach, nicht zur Sache sprechen zu wollen. Er halte es für durchaus unparlamentarisch und in der Geschichte der Parlamente für unerhört (Lärm), auf die hier geschehene Weise das Ministerium anzugreifen und in Verlegenheit zu setzen. Die Versammlung sei nicht hier, um gegen das Vaterland Etwas zu unternehmen. (Neuer Lärm. Ruf „zur Ordnung.“ „Das ist ja eine offenbare Beleidigung.“ Der Präsident mußte, zur Herstellung der Ruhe, sich der Glocke bedienen.) Die Versammlung solle dem Land nützen, sie schade ihm aber, wenn sie derartige, doch nicht zu gebende Aufklärung verlange (stürmischer Ruf nach dem Schlusse der Debatte. Wachsendes Getümmel. Die Glocke des Präsidenten stellt die Ruhe allmälig her). Gr. Reichenbach: Ich habe gesprochen, wie ich gesprochen, weil ich glaube, daß das Vaterland in Gefahr stehe; denn der Selbstherrscher von St. Petersburg, wenn er auch als Freund käme, wird nie ein Freund unserer Freiheit sein. (Beifall zur Linken.) Damit ward der Gegenstand verlassen.

Hr. v. Lisiecki macht folgende Frage an den Minister des Innern: „Die Deputirten der Kreise Pleschen, Adelnau und Schildberg haben aus ihrer Heimath zuverlässige Nachricht erhalten: daß durch eine Verfügung des Ober-Präsidenten über alle Bewohner des Großherzogthums Posens, polnischer Abkunft, welche an der letzten nationalen Bewegung irgendwie Theil genommen haben, eine polizeiliche Aufsicht eingeleitet und solche selbst auf Diejenigen erstreckt worden ist, die nur Geldbeiträge oder Naturalien für die polnischen Truppen geliefert haben. Auf Grund dieser Verfügung haben auch eine große Anzahl Gutsbesitzer einen Hausarrest in der Art erhalten, daß sie ohne eine besondere Erlaubniß der Polizei-Behörde nicht einmal ihre Kreisstadt besuchen dürfen! Ich ersuche den Herrn Minister des Innern sich hierüber äußern, eventuell den vielfachen Uebergriffen der Behörden des Großherzogthums Posen kräftigst steuern zu wollen.“ Der Anfragende erklärt zwar, daß er Seitens des Ministeriums des Innern in dieser Sache bereits einen ihn befriedigenden Erlaß empfangen habe, er dennoch bemerken müsse, daß selbst Abgeordnete zu dieser Versammlung de jure einer derartigen Polizei-Aufsicht unterworfen worden, der Zustand überhaupt nur gemildert, nicht aufgehoben worden. Ministerverweser des Innern Kühlwetter: Zur Sache müsse, nachdem die Anfrage genügend gelöst, noch bemerkt werden, daß Theilnehmer an dem Aufstande meist in der Lage, verhaftet zu werden, sich befunden und lediglich zur Vermeidung der Verhaftungen die Consignations-Maßregel angeordnet worden. Unter dem 23sten d. M. sei aber auch letztere, da sie nicht mehr nöthig, aufgehoben worden. Wenn daher Beamte sie jetzt noch üben sollten, also ihre Pflicht verletzten, so könne das Ministerium nur bitten, daß ihm solche Pflichtwidrigkeiten zur Anzeige kämen, damit die strengste Ahndung nicht ausbliebe. (Beifall.)

Hr. Schultz (Wanzleben) verliest folgenden Antrag: „Die Versammlung wolle, in Anerkennung des Grundsatzes der allgemeinen Rechtsgleichheit — vor welchem der Adel als ein mit besonderen Rechten und Pflichten ausgestatteter Stand nicht ferner bestehen kann — schon jetzt beschließen, daß alle dahin zielenden Bestimmungen der bisherigen Landesgesetze aufgehoben werden und demzufolge der ganze neunte Titel und mehrere Bestimmungen des ersten und zweiten Titels im zweiten Theile des Allg. Landrechts außer Anwendung zu setzen sind. Demgemäß bitte ich ein Gesetz mit folgenden Bestimmungen anzunehmen und der Krone zur schleunigsten Genehmigung vorzulegen: §. 1. Der Adel hört für ewige Zeiten auf, einen mit besonderen Rechten und Pflichten ausgestatteten Stand im Staate zu bilden. §. 2. Jedem Staatsbürger steht die Befugniß zu, nach gemachter Anzeige bei der Polizei-Behörde beliebige adlige Prädikate, Titel und Wappen anzunehmen. §. 3. Alle, den §§. 1. bis 3. entgegenstehenden Vorschriften des neunten Titels, der §§. 30.—33. und 940. im ersten und des §. 56. im zweiten Titel, so wie der §§. 1396. und 1397. im zwanzigsten Titel zweiten Theils des Allg. Landrechts und aller besonderen Gesetze werden aufgehoben.“

Präsident: Der Abgeordnete Meusebach trägt auf einfache Tages-Ordnung an. (Vielfacher Ruf: „von Meusebach.“) Hr. Schultz begründet die Dringlichkeit seines Antrags damit, daß derselbe bereits Anfangs d. M. gemacht, an die Abtheilungen verwiesen, von dort aber noch nicht zurückgelangt sei. Er bilde indeß einen integrirenden Theil der Verfassung und gehöre, als solcher, an die Verfassungs-Commission, wohin er vorläufig auch nur kommen sollte. Hr. Waldeck theilt, als Vorsitzender der Verfassungs-Commission mit, daß der Antrag auf Abschaffung des Adels darin schon zur Sprache gekommen und von der Commission auch beschlossen worden sei. Deshalb bedürfe es einer Hinweisung der Commission auf diesen Gegenstand nicht mehr. Hr. Schultz nimmt diesen Antrag, auch noch zwei folgende, auf Einführung der Civilehe und Aufhebung der Ehescheidungs-Verordnung, wie Einführung von Civilstands-Registern zurück und meint, daß, wenn Alle sich so bereitwillig zur Rücknahme von schon anderweitig begriffenen Anträgen fänden, der Geschäftsgang gefördert werden würde.

Hr. Waldeck beantragt, daß vor der Hand und bis zum Eintritt dringender Geschäfte, vom 3. k. M. ab, wöchentlich nur zwei öffentliche Plenarsitzungen statthaben sollen. Er begründet den Antrag damit, daß die Verfassungs-Commission durch die täglichen Plenarsitzungen in ihrer wichtigen Arbeit wesentlich aufgehalten werde und man in dem Plenum doch nur gelegentliche Sachen abmache. Hr. v. Berg spricht dagegen, führt an, daß man in der vorigen Woche, als ein Ministerium aus politischen Gründen die Vertagung gewünscht habe, schwierig sich gezeigt, weil das Land auf die Versammlung sehe. Was damals gegolten, gelte auch heute noch. Man könne freilich für Verminderung der Plenarsitzungen noch bemerken, daß dadurch auch die Minister eine nöthige Ruhe erhalten. Man möge es jedoch der Discretion des Präsidenten überlassen, zwei Male wöchentlich wichtige Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, in den anderen vier Sitzungen dann unwesentlichere Dinge verhandeln zu lassen, wobei ein so vollzähliges Erscheinen nicht nöthig sei (Zeichen der Mißbilligung). Hr. Bauer (Berlin) spricht für den Waldeck'schen Antrag, welcher mit überwiegender Mehrheit angenommen wird.

Der Präsident zeigt an, daß die HH Hartmann und Hesse in die Verfassungs-Commission gewählt seien, und die Adreß-Commission sich heut Abend 7 Uhr unter seinem Vorsitze versammele. Da am 29. ein katholischer Feiertag ist, so wird die nächste Sitzung auf Freitag, den 30. d. Mts., um 12 Uhr Mittags anberaumt. (Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Frankfurt, den 24. Juni. Unmittelbar nach der heutigen Sitzung der konstituirenden Deutschen National-Versammlung, in welcher die Worte des Abge- Raveaux die schöne und großartige Freundschaftserwiederung des Deutschen Parlaments und des anwesenden Publikums veranlaßt haben, als Antwort auf die Begrüßung der National Versammlung in Paris, welche letztere in ihrer Sitzung des 24. Mai sich für einen Bruderbund mit Deutschland feierlich ausgesprochen, hat sich der Geschäftsträger der Französischen Republik in Frankfurt, Herr Savoye, begleitet von dem Gesandtschafts-Sekretär, Hrn. August Julien, in die Wohnung des Abgeordnete Raveaux begeben, um demselben für die edele und ausgezeichnete Gesinnung seiner Rede und sein freundschaftliches Wohlwollen, Frankreich und dessen Republik gegenüber, in deren Namen die verdiente Huldigung und den wärmsten Dank darzubringen.

Stuttgart, den 25. Juni. Einem vielfach ausgesprochenen Wunsche des Landes ist nun durch den Rücktritt des Kriegsministers, Grafen v. Sontheim, willfahrt. Derselbe soll Gouverneur der Bundesfestung Ulm werden. Im Kriegsministerium soll die Verwaltung Oberst Rüplin, das Militärische Prinz Friedrich erhalten. — Es circulirt eine Vertrauensadresse an den Vorstand des Deparlements des Innern, worin die Unterzeichner der Staatsregierung ihre Mitwirkung gegen die Angriffe wider Gesetz und Recht, gegen eine feindselige Tagespresse und republikanische Bestrebungen versichern. — In der griechischen Kapelle auf dem Rothenberg, der auf der Stelle des Stammschlosses Württemberg erbauten Grabstätte der Königin Katharina, ist ein Diebstahl verübt worden. Patinen, Kelch, Kreuz, Einfassung des Evangelienbuchs, Abendmahlslöffel, mindestens 6 Pfund an Gold, ferner ein Marienbild mit Gold und Perlen eingefaßt, silberne Kirchenlampen und sonstige Gefäße wurden entwendet.

Krakau, den 24. Juni. Vor einigen Tagen wurde hier ein Unteroffizier der hiesigen Garnison von einigen Civilisten schwer verwundet. Zufolge der darüber hinterbrachten Nachricht wurden die Urheber dieser That heute von einer Militär-Patrouille arretirt, was einen größeren Volksauflauf veranlaßte und wobei Mehrere verwundet wurden. Es ist die strengste Untersuchung zur Ermittelung der Schuldigen eingeleitet worden. (Schl. Ztg.)

Wien, den 27. Juni. Durch telegraphische Depesche von Cilly geht die Meldung des Feldzeugmeisters Grafen Nugent ein, daß die Festung Palma nuova sich am 25sten um 9 Uhr früh ergeben hat, wodurch nicht allein ein kostbares Kriegsmaterial, nämlich der Belagerungs-Park der Armee in Italien, wieder in unseren Besitz gelangt, sondern auch die Communicationslinie des Heeres wieder frei wird.

— Eine telegraphische Depesche aus Prag meldet, daß sich seit gestern in dem Stande der Dinge nichts geändert habe.

— Aus Prag erfahren wir über den Aufstand nachträglich noch immer einzelne merkwürdige Züge. Die im „Schwarzen Roß“ und „Blauen Stern“ wohnenden zum Slaven-Congresse anwesenden Polen, worunter Fürst Lubomirski, schossen aus den Fenstern; sie wurden aber am andern Tage alle zur Abreise aus der Stadt gezwungen. Man fand bei ihnen Pläne der Stadt, auf welchen die Barrikaden bezeichnet waren, die gebaut werden sollten und gebaut worden sind. Ueberall diese entsetzlichen Polen, welche die ganze Welt zerstören möchten, damit sie in ihrem ehemaligen Polen wieder Herren und Tyrannen ihrer Bauern sein könnten! Am 13. Juni von Mittag an wurde parlamentirt mit den Studenten. Sie verlangten vom Sieger, daß sich Windischgrätz ihnen ausliefere, daß der zehnte Mann der Garnison erschossen und daß das Militair aus der Stadt entfernt werde.

(Mit zwei Beilagen.)

Gewiß ganz bescheidene Wünsche! — Die „Grenzboten" bemerken über den Aufstand: Ohne Zweifel werden die Fürsprecher der czechischen Faction jetzt ihren Kampf als einen Freiheitskampf darstellen, der bei Leibe nicht gegen Deutschland, sondern gegen die Reaktion, die Contre-Revolution oder sonst eine Abstraktion gerichtet gewesen; vor ein paar Tagen noch wollten sie die Deutschen „ausbrennen" und steckten mit unübersetzbaren Ausdrücken die Zunge gegen uns heraus; jetzt werden sie sich wieder auf das Elegische werfen und mit allen Molltönen unsere kosmopolitische Theilnahme in Anspruch nehmen. Um welche Freiheit aber hatten sie zu kämpfen? Wozu zogen sie die Tracht und Sprache der Hussiten an? Wollte man sie deutsch-katholisch machen oder protestantisch? Bedrohte man die böhmische Gewissensfreiheit? Aber die Hussiten haßten Deutschland, folglich karrikiren sich die Czechomanen zu modernen Hussiten. Die stupideste Deutschfresserei ist der eigentliche Kern der ganzen czechomanischen Bewegung. Es ist nöthig, zu erinnern, daß die czechomanische Faction seit bereits zwei Monaten nicht agitirte, sondern konspirirte, nicht die Freiheit erstrebte, sondern unterdrückte, daß sie durch die Langmuth des Kabinets zum frechsten Hochmuth gereizt, einen beispiellosen Unterjochungskrieg gegen die Deutschen im Lande führte.

— Die Papiere, welche den genauesten Aufschluß über die Czechische Verschwörung geben, sind in den Händen der Regierung; nach den aufgefundenen Listen der Theilnehmer werden die Verhaftungen noch immer fortgesetzt, namentlich sind auch viele Geistlichen festgenommen worden. Der Terrorismus dieser Ultra-Czechen lastete schon seit Monaten unerträglich auf unserer Stadt; sie sprachen auch ganz unverhohlen ihre beabsichtigten Proscriptionen aus, nannten in Gesellschaften diesen und jenen, welcher fallen müsse; man hielt dies aber für bloße Anstrengungen des Uebermuthes. Jetzt hat sich das freilich als furchtbarer Ernst offenbart. Man nennt Baron Villani als Haupt der Verschwörung, weil man die Papiere bei ihm gefunden. Jeder, der Villani kennt, muß sich wundern, wie dieser Mann zu solcher Bedeutung gelangen kann; jedenfalls hat er als Werkzeug von höheren Mächten gedient, wenngleich er sich selbst schon als einstigen König von Böhmen betrachtete. Aeußerlich und innerlich ein unbedeutender Mensch, zeichnete er durch seinen Czechen-Fanatismus sich aus. Er hat die Swornost mit begründen helfen und gab ihren obersten Anführer ab. Es fällt einem nachträglich so Manches ein, was man früher kaum beachtete, weil der Dinge so viele und verschiedene auf einen einstürmten. So sah ich Villani noch bei einem großen Festzuge während des Slawen-Congresses; er schritt als oberster, mit bunten und allen möglichen Dingen aufgeputzt, der Swornost voran; zuerst kam eine Abtheilung mit mächtig langen Hellebarden; dann eine mit Flinten, alle mit Pelzmützen und Ziskaröcken ꝛc. Villani schwang gleich einem Studenten-Renommisten fortwährend den Säbel um sein Haupt, in allerlei Fechterübungen. Dergleichen imponirte unserem Volke. Eben so machte es auch Faster, der als Czechischer Herzog bestimmt ging; große Pelzmütze mit langer Geierfeder, blauen Mantel, darunter eine braune Tunika, einen breiten Gürtel darüber, in welchem urczechische Waffen staken, graue enganliegende Hosen und rothe Stiefeln, — so stolzirte der Mann umher und wurde von seinen Anhängern bewundert. Auch er mag auf die Czechische Krone speculirt haben, wie aus seinen Reden oft hervorleuchtet. In der That ist er einer von denen, welche die Bewegung im Volke am meisten gefördert haben. Er ist Bierwirth seines Metiers und steckt tief in Schulden, giebt aber einen kräftigen Sprecher in seiner Bierstube ab. Da wurde er von einigen seiner Gäste veranlaßt, einen Clubb zu bilden, in welchem über Politik, namentlich über das, was Böhmen und seine Gerechtsame anging, verhandelt werden sollte. Das that er mit Freuden; einige Advokaten, die weniger Praxis als Sprechtalent hatten, fanden sich dazu ein und sie haben später weiter in unserer Bewegung eine große Rolle gespielt. Der Verein wuchs während der ersten wiener Ereignisse; er hielt seine Versammlungen im St. Wenzelsbade, und so entstand der berühmte und berüchtigte Wenzels-Clubb. Faster beanspruchte nun bald eine National-Belohnung von 100,000 Gulden C.-M., über die im National-Ausschusse viel debattirt wurde. Uebrigens war er schon während der Prager Bewegungszeit gut mit Geld versehen; ja, Mancher hatte da Geld, dem es früher ganz ausgegangen.

Pesth, den 20. Juni. Der Illyrische Aufstand ist immer noch im Zunehmen und unsere Regierung hat sich genöthigt gesehen, in den angrenzenden Comitaten 40,000 Nationalgarden binnen zehn Tagen mobil zu machen. Außerdem werden zwei Lager regulairer Truppen bei Essek und Szegedin gebildet. Ziehen wir die Einwohnerzahl des aufständischen Gebietes und der zunächst betheiligten angrenzenden Comitate in Betracht, so stellt sich ein günstigeres Verhältniß für die Ungarn heraus. Nach der neuesten Conscription nämlich zählen dort die Magyaren 1,323,402, die mit diesen verbündeten Deutschen 485,836, die großentheils ungarnfreundlichen Wallachen 651,055, dagegen die Raizen oder Serbier 378,352, die Kroaten 72,949, die Slaven 66,425 Seelen. Diesem für die Ungarn günstigeren numerischen Verhältniß gegenüber haben aber die Illyrier für sich die Berge, die wohlgeübten und tapferen Grenzer, den Kampf der Vertheidigung für Nationalität und Selbstständigkeit und endlich die sehr bedenkliche Verbindung mit den Donaufürstenthümern und indirekt mit Rußland. Sollte es daher dem in Dekreten und Proklamationen ausgesprochenen entschiedenen Willen des Königs nicht gelingen, die Sache friedlich beizulegen, so ist Ungarn in einer sehr kritischen Lage, um so mehr, als bei einem ernsten Kriege die Walachen in Siebenbürgen, die Slawaken und die Rußniaken im Norden ebenfalls nicht ruhig bleiben würden.

— An die Stelle des Feldmarschall-Lieutenants, Baron v. Jellachich, soll der Oberst Gyulai zum Ban von Kroatien ernannt werden. Derselbe ist ein Magyar. (Oesterr. Deutsche Z.)

Ausland.

Großbritannien und Irland.

London, den 23. Juni. Die aus Bombay vom 12. Mai eingegangene Ueberlandpost bringt nähere Berichte über den in Multan, dem Hauptorte des westlichen Gebiets von Lahore, ausgebrochenen Aufstand. Sie bestätigen den Tod der zwei Britischen Agenten, eines Civilbeamten aus Bengalen, Vans Agnew, und des Lieutenants Anderson von den Bombay-Füsilieren, welche den zum Nachfolger des bisherigen Statthalters von Multan ernannten Khan Singh dahin begleitet hatten. Sie waren am 18. April dort eingetroffen und von dem alten Statthalter Mulradsch gut empfangen worden. Es kam jedoch zu einem Streite mit ihrem Gefolge, und beide Engländer wurden dabei verwundet. In Folge dessen zogen sie sich mit Khan Singh und ihren Begleitern in ein kleines Fort außerhalb der Stadt zurück, wo sie sich in 24 Stunden sicher glaubten. Von Multan eilten jedoch Streitkräfte zum Angriffe herbei. Anderson war durch eine schwere Wunde ans Lager gefesselt, und als der Feind, mit welchem die Eskorte gemeine Sache machte, zu ihm ins Zimmer drang, hieb er den Ersten, der ihm nahe kam, nieder, wurde aber sofort erschossen. Seine Leiche, wie die des Lieutenants Anderson und des sie begleitenden Wundarztes Wilkinson, die beide umgebracht wurden, erlitten arge Beschimpfungen und wurden in Stücke zerhackt. Khan Singh gerieth verwundet in Gefangenschaft. Sobald in Lahore der Tod der beiden Britischen Agenten bekannt war, wurden die Befehle zur Absendung von Truppen zurückgenommen, da die Hitze in diesem Theile des Pendschab während der Monate Mai bis Sept. fast unerträglich ist. Von Bombay wurde die Absendung von 4 Regimentern nach Kurradschi vorbereitet, von wo, sobald die Jahreszeit es gestattet, den Indus und Dschenab hinauf in flachen Fahrzeugen ein starkes Corps gleichzeitig mit einem von Firozpur abzusendenden gegen Multan aufbrechen wird. Der Aufstand in Multan ist darum nicht ohne Bedenklichkeit, weil alle mißvergnügten und nach Rache verlangenden Soldaten der ehemaligen Armee der Seikhs, die nach den Siegen der Britten entlassen worden sind, sich wahrscheinlich zu ihnen schlagen werden. In dem übrigen Britischen Ostindien war mit Ausnahme von Aude Alles ruhig.

— Aus Hongkong sind Nachrichten vom 26. April angekommen. Man hatte dort am 22. April die erste Kunde von der Französischen Februar-Revolution erhalten. Der Gouverneur von Hongkong wollte in einigen Tagen eine Zusammenkunft mit dem Statthalter von Canton halten, wo Alles ruhig war. Einige Chinesen, welche ein paar Europäer angegriffen hatten, die sich in einem Boote nach den Faktoreien begaben, sind auf Verlangen des Britischen Konsuls sofort bestraft worden. Aus Shanghai wird vom 13. April ein Gleiches wegen der Rädelsführer bei dem Angriff auf drei Englische Missionaire berichtet; auch war der dortige Ober-Beamte abgesetzt worden. Die Absendung des Kriegsschiffs Espiègle mit dem Englischen Vice-Konsul nach Nanking scheint diesen Gang der Dinge sehr befördert zu haben. In jedem der Häfen von Shanghai, Ningpo, Fu-tschu-fu, Amoy, so wie vor Canton und Whampoa, stationirte ein Britisches Kriegsschiff.

Belgien.

Brüssel, den 26. Juni. Heute Mittag nach 1 Uhr eröffnete der König in Person die außerordentliche Sitzung der Kammern für 1848 unter den herkömmlichen Feierlichkeiten. Der König, bei seinem Eintritte in den Sitzungssaal mit stürmischem Lebehoch empfangen, hielt eine Thronrede, in welcher es unter Andern heißt: „Meine Herren! Ich schätze mich glücklich, mich wieder in der Mitte der Repräsentanten der Nation zu sehen. Während ganz Europa von Erschütterungen so tief bewegt wird, ist Belgien ruhig, vertrauungsvoll und stark geblieben. Es drängte mich, öffentlich die Dankbarkeit und den gerechten Stolz, den mein Herz darüber fühlt, auszusprechen. Die Veränderungen im politischen Zustande verschiedener Länder haben unsere guten internationalen Beziehungen in keiner Weise verändert. Unsere offiziellen Beziehungen mit der Französischen Republik sind auf gegenseitiges Wohlwollen begründet. Von allen Seiten haben wir Beweise der Sympathie und Achtung empfangen. Wichtige Gesetze haben die letzte Session bezeichnet. Der Kreis der politischen Rechte ist beträchtlich erweitert worden, und die erste Anwendung der Wahlreform hat bewiesen, daß Wir der Weisheit der Nation nicht zu viel vertraut hatten. Mehrere Steuern müssen in ihren Grundlagen verändert werden. Wir werden die Rücksicht nicht aus den Augen verlieren in der Vertheilung derselben, die diejenigen verdienen, die ihren Unterhalt allein durch ihrer Hände Arbeit verdienen. Wir werden mit wahrer Sorgfalt fortfahren, alle geeigneten Maßregeln zu ergreifen, um die Zustände der arbeitenden Klassen zu erleichtern und zu verbessern. — Diese Thronrede wurde mit unendlichem Beifalls-Jubel aufgenommen, welcher nicht eher nachließ, als bis der König mit seiner Familie den Saal verlassen hatte. Die Sitzung wurde um $1\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Italien.

Rom, den 17. Juni. (A. Z.) Kaum war die Nachricht von der Capitulation von Vicenza hier eingetroffen, als der Polizei-Minister einen Tages-Befehl ergehen ließ, demzufolge die aus dem Venetianischen zurückkehrenden Carabi-

nieri augenblicklich durch die im Staat zurückgebliebenen Polizei-Soldaten abgelöst werden sollen.

— Ein am 12ten erlassenes Dekret verbiet die Cumulation von Regierungs-Aemtern; wer von letzteren mehrere besitze, soll nur ein von ihm selbst gewähltes behalten dürfen.

Turin, den 16. Juni. Es sind hier Deputirte von Vicenza, Padua, Treviso und Rovigo angenommen, welche dem Ministerium die Nachricht brachten, daß in den genannten Provinzen die Stimmen sich für den Anschluß an Piemont ausgesprochen haben. Nach Mailand sind am 13. Juni die an Karl Albert abgesandten Verkündiger des Lombardischen Anschlusses an Piemont zurückgekehrt und haben die bei ihrem Erscheinen vor dem Könige vorgefallenen Reden mitgetheilt. Karl Albert äußerte sich, als ihm das Dokument des Anschlusses übergeben wurde, dahin: „er wolle es schleunigst seinem Ministerium zusenden, damit dieses es den Kammern vorlege; er zweifle nicht daran, daß die Piemontesischen, Ligurischen und Savoyischen Völker es mit Entzücken aufnehmen würden, und daß so die gewünschte Vereinigung sich verwirkliche; die zugesicherten Freiheiten, die vereinten Kräfte würden die endliche Befreiung des Italienischen Bodens von Fremden sicher stellen.

Markt-Bericht.

Berlin, den 29. Juni.

Auf dem heutigen Landmarkt kostete der Winspel Weizen 40 — 47 Rthlr. Roggen 26 — 29 Rthlr. Gerste 20 — 23 Rthlr. und Hafer 16 — 19 Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Stadt-Theater in Posen.
Sonntag den 2. Juli. Wegen anhaltend ungünstigem Wetter findet diese Vorstellung im Stadttheater statt. Zum Erstenmal: Mein Herr Onkel! oder: Welcher ist der rechte? Lustspiel in 3 Aufzügen von Heinrich Smidt. — Hierauf: Ein Stündchen vor dem Potsdamer Thor; Vaudeville in 1 Akt von Carl Blume.

Die am heutigen Tage erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, Ida geb. Pückert, von einem Mädchen, beehre ich mich Verwandten und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.
Wronke, den 29. Juni 1848.
Dr. Sebauer, praktischer Arzt.

Oeffentlicher Aufruf.
Bei Gelegenheit des am 27sten Oktober vorigen Jahres und resp. am 27sten April dieses Jahres erfolgten öffentlichen Verkaufs der in der hiesigen städtischen Pfandleihanstalt verfallenen Pfänder, hat sich aus dem Erlöse für mehrere Pfandschuldner ein Ueberschuß ergeben. Die Eigenthümer der Pfandscheine No. 29. 191. 234. 853. 200. 363. 508. 759. 771. 787. 811. 885. 946. 957. 1114. 1220. 1264. 1297. 1415. 1486. 1602. 1655. 1809. 1949. 1955. 2337. 2450. 2615. 2623. 2918. 3237. 342. werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb sechs Wochen bei der hiesigen Pfandleihanstalt zu melden, und den nach Berichtigung des erhaltenen Darlehns und der davon bis zum Verkaufe des Pfandes aufgelaufenen Zinsen verbleibenden Ueberschuß gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung in Empfang zu nehmen, widrigenfalls der Ueberschuß an die städtische Armenkasse abgegeben und der Pfandschein mit den darauf gegründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird.
Posen, den 2. Juni 1848.
Der Magistrat.

Auktion.
Montag den 3ten Juli Vormittags von 10 und Nachmittags von 4 Uhr ab sollen in der Mühlenstraße No. 11. wegen Versetzung von hier mehrere Möbel von Mahagoni- und Birkenholz, bestehend in Sopha's, Tischen, Stühlen, Schränken, Bettstellen rc., Haus- und Küchengeräthe, nebst verschiedenen andern Sachen gegen baare Zahlung versteigert werden.
Anschütz.

Am 6ten Juli früh von 8 Uhr an und folgende Tage soll zu Gay im Samterschen Kreise an der Berliner Chausse das ganze lebende und todte Dominial-Inventarium meistbietend verkauft werden. Dasselbe besteht aus Schaafen, Fornals-Pferden, Ochsen, Kühen, Jungvieh, Fohlen, Wagen, Pflügen, Sielenzeug, so wie überhaupt aus allen zur Wirthschaft gehörigen Gegenständen, worauf Kauflustige hierdurch aufmerksam gemacht werden.

Deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft für Gärtnereien zu Berlin.
Diese im Jahre 1847 ins Leben getretene, auf Gegenseitigkeit begründete Gesellschaft, deren Verwaltung von einem aus der Mitte der Theilnehmer gewählten Vorstand kontrollirt wird, hat nach ihrem Rechnungsabschluß pro 1847 bei einer Versicherungs-Summe von 504,970 Rthlr. einen Ueberschuß von 2335 Rthlr. 29 Sgr. 7 Pf. gewährt, wovon nach §. 29. des Statuts $\frac{1}{3}$ als Reservefonds angelegt, $\frac{2}{3}$ aber an die auf fünf Jahre beigetretenen Mitglieder vertheilt sind.
Die Gesellschaft giebt Versicherungen im Betrage von Hundert Thaler an auf folgende Gegenstände:
1) Für Fensterscheiben:
a) in Wohn-, Gewächs- und anderen Häusern, wo die Fenster senkrecht stehen à . . 1 %,
b) in Mistbeeten, Gewächs- und andern Häusern, wo die Fenster eine sich neigende Lage haben à . . . . $1\frac{1}{4}$ %.
2) Für Gewächse:
c) unter Fensterscheiben, in Mistbeeten oder Gewächshäusern à . . . . $1\frac{3}{4}$ %,
d) für solche, die im Freien in Gefäßen aufgestellt sind à . . . . $1\frac{1}{4}$ %,
e) für alle anderen Gewächse im Freien à . $\frac{3}{4}$ %,
f) für Wein- und Obsterndten à . . . . 2 %.
Für diejenigen, welche der Gesellschaft beitreten wollen, sind Rechnungsabschlüsse pro 1847, Statuten, Versicherungsverzeichnisse und Reverse bei dem unterzeichneten General-Deputirten, welcher die Policen, Namens der Gesellschaft, sofort ausfertigt, unentgeldlich zu haben. Eben so wollen diejenigen, welche geneigt sind, Special-Agenturen in den Kreis- und andern Städten der Provinz als Bezirks-Deputirte zu übernehmen, sich dieserhalb in frankirten Briefen an denselben wenden.
Posen, den 1. Juni 1848.
Ignatz Pulvermacher,
General-Deputirter für das Großherzogthum Posen,
Breitestraße No. 8.

Portraits
in schwarz und bunter Kreide, in Aquarel, auf Stein und in Oel, werden sauber und billig ausgeführt, auch Zeichnen-Unterricht ertheilt von
F. Gregor, Maler,
von der Königlichen Akademie zu Berlin geprüfter Zeichnenlehrer.
Posen. Atelier Markt No. 82.

Gerberstraße 11. sind zwei kleine freundliche Stuben mit Möbel sogleich an einzelne Herren zu vermiethen.
W. Weltinger.

Markt- und Breslauerstraßen-Ecke No. 60., im ersten Stock, ist eine freundlich möblirte Stube sofort zu vermiethen.

Ich habe mein Gold- und Silberwaaren-Geschäft von Nro. 90. nach Nro 94. am Markt verlegt.
Posen, den 1. Juli 1848.
Rudolf Baumann,
Gold- und Silberarbeiter.

Einen Transport feine Zuckern empfiehlt in Broden auch einzeln sehr billig
J. Appel,
Wilhelmsstraße No. 9.

Vorzügliche fette neue Matjes-Heringe, frische grüne Pomeranzen, fetten geräucherten Weser-Lachs, Messinaer Citronen, das Dutzend 12 Sgr., und große hochrothe Apfelsinen empfiehlt billigst
J. Ephraim,
Wasserstraße No. 2.

Stärke-Syrup
von bester Qualität, in großen und kleinen Gebinden offeriren billigst
A. Pakscher & Comp.,
Posen, Wronkerstraße No. 19.

Sonntag den 2ten und Montag den 3ten Juli:
Gung'lsches Konzert
im Hildebrandschen Garten. Anfang 6 Uhr.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 29. Juni 1848.	Zins-Fuss.	Preus. Cour Brief.	Preus. Cour Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	—	$68\frac{3}{8}$
Präm.-Scheine d. Seehdl à 50 T.	—	—	84
Westpreussische Pfandbriefe . .	$3\frac{1}{2}$	$75\frac{1}{4}$	—
Ostpreussische dito . .	—	—	—
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	—	$87\frac{1}{4}$
dito dito dito . .	$3\frac{1}{2}$	—	$73\frac{3}{4}$
Pommersche dito . .	—	88	$87\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärkische dito . .	$3\frac{1}{2}$	—	$87\frac{3}{4}$
Schlesische dito . .	—	—	—
dto. vom Staat gar. Litt. B.	—	—	—
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	73	74
Friedrichsd'or	—	$13\frac{2}{3}$	$13\frac{1}{6}$
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. .	—	$12\frac{7}{8}$	$12\frac{3}{8}$
Disconto	—	—	$5\frac{1}{2}$
Actien.			
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B	—	—	76
dto. Priorit.	4	—	—
Berlin-Hamburger	4	—	—
do. Priorität .	$4\frac{1}{2}$	$85\frac{1}{4}$	$84\frac{3}{4}$
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	$70\frac{3}{4}$	$70\frac{1}{4}$
dto. Prior. Oblig.	5	—	—
dto. dto. dto.	—	—	—
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B. . . .	—	—	$77\frac{3}{4}$
Köln Mind.	$3\frac{1}{2}$	—	$65\frac{1}{4}$
dto. dto. Prior. Oblig.	$4\frac{1}{2}$	—	80
Magdeburg-Halberstadt	4	84	83
Niederschl.-Märk.	$3\frac{1}{2}$	—	$62\frac{1}{2}$
do. Priorität .	4	$75\frac{1}{4}$	$74\frac{3}{4}$
do. Priorität. .	5	—	$86\frac{1}{4}$
do. III. Serie .	5	—	$77\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Lit. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$72\frac{1}{2}$
dto. Lit. B.	$3\frac{1}{2}$	—	$72\frac{1}{2}$
Rhein. Eisenbahn	—	—	—
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	—	53	$53\frac{1}{2}$
dto. dto. Prior. Oblig. . . .	4	—	—
Thüringer	4	$45\frac{1}{4}$	$44\frac{1}{2}$
dto. dto. Priorität.	$4\frac{1}{2}$	$72\frac{1}{4}$	$71\frac{3}{4}$

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 30. Juni 1848. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	Preis von Sgr.	Preis von Pf.	Preis bis Rtl.	Preis bis Sgr.	Preis bis Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	12	3	1	18	11
Roggen dito	—	24	5	—	26	8
Gerste	—	22	3	—	26	8
Hafer	—	17	9	—	20	—
Buchweizen	—	21	1	—	24	5
Erbsen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	13	4	—	14	5
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1	—	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	4	20	—	5	10	—
Butter das Faß zu 8 Pfd.	1	15	—	1	20	—

Die einzig und allein bis jetzt als bewährt anerkannten
Klahm's Dr. Gräfesche Brustthee-Bonbons,
das Pfund à 10 Sgr.,
sind nur einzig und allein ächt in der Haupt-Niederlage für das Großherzogthum Posen bei
E. Busch in Posen, Friedrichsstraße No. 25.
Ernst C. Klahm, Gesundheits-Bonbon-Fabrikant in Berlin.

Neueste Nachrichten.

Posen, den 20. Juni. (Köl. Ztg.) Die nächsten Tage bringen die Posener Frage in Frankfurt a. M. zur Erörterung. Es dürfte an der Zeit sein, diejenigen Momente zusammenzufassen, welche dieser Erörterung zu Grunde gelegt werden müssen. Das Großherzogthum Posen ist in seinem jetzigen Umfange seit 1815 zu einer Provinz der Preußischen Monarchie vereinigt. Vor dem Jahre 1772 gehörte der größere südliche Theil der Provinz zu Polen. Anders der kleinere nördliche Theil der Provinz. Hier bildete seit den ältesten Zeiten der Netze-Fluß die Grenze zwischen Polen und Pommern, abgesehen von den vorübergehenden Veränderungen, welche diese Grenzlinie in den Kriegen bis zum 13. Jahrhunderte erlitt und die dadurch endeten, daß Przymislaus von Polen durch Erbgang im Jahre 1295 Herzog von Pommern wurde. Dieses Herzogthum forderten aber die Markgrafen von Brandenburg als ein erledigtes und ihnen verfallenes Reichslehen ein, eroberten es 1306 und verkauften es 5 Jahre später dem Deutschen Orden. Nach langen Kriegen trat der Orden 1466 den südlichen Theil Pommerns dem Könige von Polen ab, und erst im Warschauer Vertrage vom 18. September 1773 (d. h. bei der ersten Theilung Polens) kam das Land nördlich der Netze sammt einem Streifen südlich des Flusses wieder in Deutsche Hand und erhielt den Namen des Netz-Distriktes. Die vorherige Polnische Herrschaft und die spätere kurze Epoche des Herzogthums Warschau hat an den nationalen Verhältnissen des Landes wenig geändert, und so ist der Netz-Distrikt seiner Geschichte und seiner Bevölkerung nach ($\frac{5}{6}$ sind Deutsche) ein Deutsches Land. Der zufällige Umstand, daß derselbe im Jahre 1815 mit anderen Distrikten zu dem Großherzogthum Posen vereinigt worden, kann hierin nichts ändern. Deutsch sind ferner die einst Polnischer Herrschaft unterworfenen westlichen und südwestlichen Kreise der Provinz, Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Kröben, und hier bilden noch heute die Polen kaum $\frac{1}{10}$ (?) der Bevölkerung. Wenn auch nicht in gleichem Maße wie in den genannten Kreisen, so überwiegt doch endlich das Deutsche Element auch noch in einigen anderen Theilen der Provinz, namentlich in den Kreisen Obornik, Samter, der Stadt und dem Bezirke der Stadt Posen, wobei zu bemerken ist, daß dieses Uebergewicht nicht nur in dem numerischen Verhältnisse der Einwohnerschaft, sondern auch darin beruht, daß der Fleiß, die Industrie, Bildung und Wohlstand — abgesehen von dem großen Reichthume einzelner Polnischer Edelleute — durchgehends von Deutschen vertreten werden. Das Deutsche Element im Großherzogthume ist mithin keineswegs zu übersehen, vielmehr bei der Frage von der Wiederherstellung Polens wohl zu beachten. Die im Westen Europa's sich erhebende Sonne einer neuen Freiheit hat alle Herzen entzündet. Das an der Polnischen Nation begangene Unrecht sollte gesühnt, Polen wieder hergestellt werden. Preußen besaß nur einen geringen Theil des ehemaligen Polnischen Reiches. Was wegen des übrigen thun? Ein Krieg gegen Rußland, der populärste, den man führen konnte, war unmöglich in jenem Augenblicke. Aber etwas sollte geschehen, und da Preußen nicht im Stande war, Polen sogleich wieder herzustellen, so wollte es wenigstens den Grundstein für ein neues Polen legen, es wollte in seiner Polnischen Provinz den Genius der Polnischen Nationalität neu erwecken und stärken, bis er in eigener Kraft seine Flügel über alle unterjochten Polen ausbreiten könnte. In diesem Sinne versprach die Regierung eine nationale Reorganisation des Großherzogthums, und auch die Deutschen im Großherzogthume theilten die Freude der Polen und trugen als Zeichen der Verbrüderung die Polnischen Farben neben den Deutschen. Da trat plötzlich ein beklagenswerther Umschwung der Verhältnisse ein. Die Polen vergaßen schon in dem Augenblicke, wo ihnen durch das Deutsche Volk eine neue Zukunft eröffnet wurde, alle Regeln der Klugheit, alle Pflichten der Dankbarkeit. Ihre Führer eilten nach Posen, sie sprengten aus, Preußen habe das Großherzogthum aufgegeben; sie verbreiteten schnell die Insurrektion über die ganze Provinz. Man weiß, was weiter geschah. Da wurde den Deutschen klar, was sie von einer Polnischen Herrschaft zu erwarten hätten: — Willkür jeder Art, schmähliche Unterdrückung. Sie fragten sich, ob sie denn in ein wahrhaft Polnisches Land versetzt worden seien. Ob das Land einst der Krone Polen zinsbar, ob es integrirender Bestandtheil des Polnischen Reiches gewesen, darauf konnte es heute nicht mehr ankommen, sondern allein darauf, welcher Nation die Einwohner angehörten und angehören wollten. Denn der Boden ist neutral; wer ihn bewohnt und bebaut, der ist sein Herr; der heutige Staat setzt sich nicht aus Erdflächen zusammen, denen die Bewohner als zufälliges Anhängsel folgen müssen, sondern aus freien, selbstberechtigten Menschen.

Berlin, den 30. Juni. Das Justiz-Ministerialblatt enthält folgende Bekanntmachung:

Von den Gerichten sind in der letzten Zeit mehrfache Anträge wegen Neubau, Vergrößerung oder wegen umfassender Reparaturen von Gerichtsgebäuden und Gefängnissen bei dem Justiz-Minister eingegangen.

Da indeß eine durchgreifende, anderweitige Organisation des Justizwesens in Aussicht steht, so läßt sich zur Zeit nicht übersehen, ob und in welchem Umfange die Gerichte in denjenigen Orten, in welchen sie sich jetzt befinden, verbleiben, und ob deshalb die jetzt projektirten Bauten nicht entweder überflüssig oder unzureichend sein und ob sie den zu erwartenden neuen Einrichtungen entsprechen werden.

Unter diesen Umständen und da überdies die nur in geringem Maße vorhandenen Geldmittel die größte Einschränkung bei sämmtlichen Bauten erfordern, ist es durchaus nothwendig, nur die dringendsten Reparaturen vorzunehmen, alle anderen Bauangelegenheiten aber, insoweit deren Ausführung nicht bereits genehmigt, und in Angriff genommen worden ist, vorläufig auf sich beruhen zu lassen.

Sämmtlichen Königl. Obergerichten ist dies mit der Aufforderung eröffnet worden, hiernach zu prüfen, welche Bauten zu den unaufschiebbaren gehören, und in Betreff derjenigen, welche keinen Aufschub erlauben, zu berichten, im Uebrigen aber die früher gemachten Anträge nicht weiter zu verfolgen.

Berlin, den 22. Juni 1848. Der Justiz-Minister Bornemann".

Frankfurt, den 27. Juni. Die heutige 25. Sitzung der National-Versammlung sollte um 9 Uhr beginnen, konnte aber erst um 10 Uhr in Gang kommen, da diese Stunde benutzt wurde, die Parteien zu einigen. Die Gallerieen waren überfüllt, verhielten sich aber ruhig. Desto lebhafter, ja oft stürmisch, ging es in der Versammlung selbst zu. Es wurde wieder die Debatte über die Fragestellung der Anträge und der Exekutivgewalt aufgenommen und erst nach langem Kampfe, in welcher der Präsident Gagern mehrmals vermittelnd auftrat und Robert Blum im Namen der Linken sehr versöhnliche Worte an die Rechte gerichtet, und nachdem Heckscher und die übrigen ihre Amendements zurückgenommen, konnte endlich zur Abstimmung geschritten werden. Nach vorausgegangenem Beschlusse wurde zuerst über den Antrag Vincke's abgestimmt, der folgendermaßen lautet: die National-Versammlung beschließt vorbehaltlich des Einverständnisses mit den Deutschen Regierungen: Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Deutschen Nation bestellt werden" — er wurde mit 577 gegen 31 Stimmen (nach namentlicher Abstimmung) verworfen. — Mit Stimmeneinheit werden dann angenommen: 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der Deutschen Nation bestellt werden; 2) dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des Deutschen Bundesstaates betreffen; b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und politische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen; d) die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen. 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. — Mit großer Majorität wurde angenommen: 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß der Nationalversammlung. Auf Antrag der Rechten, welche behauptete die Fragstellung nicht verstanden zu haben, wurde, nach tumultuarischer Debatte dieser Antrag nochmals namentlich abgestimmt. Das Resultat war: 408 für und 143 gegen und es wurde also der Antrag angenommen. — Es wurde namentlich abgestimmt, ob die provisorische Centralgewalt einem Präsidenten übertragen werden solle. Die Frage wurde mit 355 gegen 171 verneint und dann mit großer Majorität beschlossen, diese Centralgewalt einem Reichsverweser zu übertragen. Nun kam die wichtigste namentliche Abstimmung, ob die Nationalversammlung den Reichsverweser wählen solle? und diese Frage wurde mit 403 gegen 135 bejaht, worauf großer Jubel ausbrach. Die Rechte gab die Erklärung zu Protokoll, daß sie nur im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen beigestimmt habe. — Die Sitzung wurde um $5\frac{1}{2}$ Uhr aufgehoben. Die Abstimmung wird morgen fortgesetzt.

Dresden, den 21. Juni. Das Czechenthum hat sich jetzt in ernstem Zusammenstoß mit dem Deutschthum als bei weitem schwächer und nichtiger herausgestellt, als man, nach den vielen hochtrabenden Phrasen und renommistischen Drohungen, hatte erwarten sollen. Ganz besonders lau und gleichgültig hat sich das Landvolk gezeigt, auf dessen Zuzug die Prager Insurgenten so bestimmt gerechnet und darum ihre Unterwerfung bis auf den äußersten Termin verzögert hatten. Von einem nationalen Bewußtsein ist unter den Bauern keine Spur vorhanden und sie gebrauchen die unruhigen Zeiten meist nur zu Gewaltthaten gegen den Druck ihrer Herrschaften. Einzelne Banden durchziehen allerdings raubend und sengend das Land und machen zumal die Umgebungen Prags und die Straße nach Sachsen unsicher. Die Herrschaft des Slaventhums, die Gründung eines Czechenreichs ist bis jetzt nur das Hirngespinnst exaltirter Professoren, Schriftsteller, Studenten und zum Theil auch Priester. Die Deutschen haben sich schwer verfehlt, daß sie diesen Terrorismus der Minderzahl aufkommen ließen und wäre nicht der Fürst Windischgrätz ein eben so tapferer unerschrockener Soldat, als treuer Patriot gewesen, so hätten die zwei Millionen Deutsche, welche in Böhmen wohnen, mit Schimpf und Schande unterliegen müssen. Hoffen wir, daß die Erkenntniß und der Muth unserer Landsleute jetzt gekommen ist, und daß sie nunmehr ihre und des gemeinschaftlicher Vaterlandes Interessen besser zu wahren und zu vertheidigen wissen werden, als zeither! Auch in Wien wird man den Sieg zu nutzen verstehen. Dem Kaiser müssen die Augen aufgegangen sein über den Sinn und die Bedeutung der Slavischen Krone, welche man ihm angeboten und der Erzherzog Johann wird sich wohl lieber rühmen, ein Deutscher, als ein Böhmischer Prinz zu sein. Das Kaiserhaus ist unrettbar verloren, sobald es seinen Deutschen Boden verliert. Vom Absolutismus eines Metternich zur demokratischen Konstitution der Gegenwart ist freilich ein großer Schritt, denn dem Volke darf man doch die Schuld nicht beilegen, daß es so lange unmündig und unterjocht gehalten wurde. Zugleich erwarten wir dann auch, daß die Frankfurter National-Versammlung die Böhmische Frage mit mehr

Nachdruck und Entschiedenheit verfechte. Jetzt ist es Zeit, einen energischen Aufruf zu erlassen, die Wahlen Böhmens zur Versammlung auszuschreiben und sie unter dem Schutz eigens dazu abgesandter Kommissare vornehmen zu lassen. Wir hören, daß für Böhmen allein noch 48 Wahlen im Rückstand sind.

Flensburg, den 24. Juni. Wrangels Antwort an die Apenrader Deputation, welche dem General ihre Besorgnisse um ihre, zu Lande und zu Wasser bedrohte Stadt vortrug, lautete, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, dahin: „Apenrade werde nicht im Geringsten der Gefahr ausgesetzt sein, von den Dänen wieder besetzt zu werden; seine (Wrangel's) Armee habe Befehl, unter keiner Bedingung die Grenze des Amtes Hadersleben von den Dänen überschreiten zu lassen, und gegen jeden etwaigen Landungsversuch werde er die Stadt zu schützen wissen."

— Die Schwedischen Blätter vom Freitag bis Dienstag (20.) melden nur, daß das Schwedisch-Norwegische Schiffsgeschwader (mit Ausnahme der Norwegischen Brigg „Frederiksvärn") am 14. von Malmö abgesegelt, um in der Ostsee zu kreuzen. Die zwei Bataillone Garde sind nach Faaborg abgegangen, um sich zum Hauptquartier des Schwedischen Heeres auf Fühnen zu begeben.

Aus dem südlichen Holstein, den 27. Juni. Ob die Englische Post endlich Entscheidung in unserer Frage gebracht hat?! Es müssen Friedensunterhandlungen geführt werden, denn unmöglich würde doch sonst General Wrangel mit überlegenen Streitkräften unthätig den Dänen gegenüberstehen, da von Alsen jetzt gar kein Seitenangriff zu befürchten ist, da auf Alsen nicht allein keine Truppen mehr stehen, sondern auch bereits alles schwere Geschütz von dort nach Kopenhagen gebracht ist. Folgendes sollen die Bedingungen sein, welche die sehr entschieden auf das Ende der Feindseligkeiten und der Störungen des Handels dringende Note Englands in Malmö gestellt hat. 1) Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund. 2) Erhaltung der Personalunion mit Dänemark. 3) Prinz Ferdinand als Statthalter in Schleswig-Holstein. 4) die jetzige provisorische Regierung als Ministerium.

— Es geht das (ohne Zweifel unbegründete) Gerücht, der Herzog von Augustenburg habe sich bereit erklärt, seinen Ansprüchen auf die Erbfolge zu entsagen.

— Von der Taunschen Freischaar sind 93 Mann in Altona angekommen. Sie sollen, wie mir bestätigt wird, die rothe Kokarde aufgesteckt haben. Etwas Gewisses hört man nicht. — Der Flensburger Spion Petersen Schmidt oder Jens Petersen, den die Taunschen Freischärler ergriffen haben, ist vom Prinzen nach Abnahme seiner, wie es heißt wichtigen Papiere, sogleich freigegeben worden, was allgemeines Befremden erregt. Der Herzog von Augustenburg soll durch die Dänische Occupation seiner Güter, die Plünderung seiner kostbaren Marställe und neulich durch die Zahlungseinstellung eines angesehenen Altonaer Hauses, sehr große Summen verloren haben.

Christiania, den 16. Juni. Das „Morgenblatt" bezeichnet den Theil der Presse, der für die Theilnahme an dem Dänisch-Deutschen Kriege sei, offen als die servile und nennt Bergen eine von den wenigen Städten, welche nicht ganz und gar und einstimmig gegen die Theilnahme an dem Dänischen Kriege ist.

Paris, den 27. Juni. General Cavaignac hat unterm gestrigen Datum folgende Proklamation erlassen: Die Sache der Ordnung und der wahren Republik triumphirt. Der Aufstand beugt sich, eine große Menge Waffen sind genommen; überall gewinnen die National-Garde und die Armee, die in ihrer Vereinigung stets bewundernswürdig, an Terrain, und werfen alle Hindernisse nieder. Wir können ohne Furcht versichern, das Vaterland und die Gesellschaft sind gerettet. Aus allen Departements treffen brüderliche Unterstützungen ein; in ganz Frankreich schlägt nur Ein Herz, es verlangt nach demselben Ziele: Der Republik und der Ordnung!

— Es wird gemeldet, daß Hr. Emile de Girardin so eben verhaftet worden ist. Diese Maßregel ward durch einen Polizei-Kommissar ausgeführt. Hr. E. de Girardin hat sich den Anordnungen der Behörde, deren Ursache mir unbekannt ist, bereitwillig unterworfen. Diese Verhaftung hat eine traurige Ueberraschung hervorgebracht. Die Siegel sind an seine Pressen gelegt, und die Setzer sind aufgefordert worden, sich zurückzuziehen.

— Es wurden gestern drei als Marketenderinnen gekleidete Weiber in der Nähe der National-Versammlung verhaftet, weil sie vergifteten Wein und Branntwein an die Truppen verkauft hatten. Mehrere Soldaten sind in Folge der Darreichung dieser Getränke gestorben.

— Folgende Zeitungen sind während der ganzen Dauer des Belagerungszustandes mit Interdict belegt worden: „La Revolution de 1848," „L'Organisation du Travail," „La Vraie Republique," „L'Assemblee nationale," „La Presse," „Le Napoleon republikain," „La Liberté," „L'Aimable Faubourien," „Le Lampion," „Le Père Duchene," „Le Pilori."

— Eine zweite Proklamation an die Nationalgarde und die Armee lautet: „Bürger, Soldaten! Die geheiligte Sache der Republik hat triumphirt. Eure Hingebung, Euer unerschütterlicher Muth haben sträfliche Pläne vereitelt, verhängnißvolle Irrthümer gerichtet. Im Namen des Vaterlandes, im Namen der ganzen Menschheit sei Euch gedankt, für Eure Anstrengungen, seid gesegnet für diesen nothwendigen Triumph. Diesen Morgen noch war die Aufregung des Kampfes rechtmäßig, unvermeidlich. Jetzt aber seid eben so groß in der Ruhe, als Ihr es so eben im Kampfe gewesen. In Paris sehe ich Sieger, Besiegte; möge mein Name ewig verflucht sein, wenn ich einwilligte, Opfer hier zu sehen. Die Gerechtigkeit wird ihren Lauf haben; möge sie handeln: Das ist Euer Gedanke, das ist der meinige. Bereit, wieder in den Rang eines einfachen Bürgers zurückzukehren, nehme ich in Eure Mitte das Bürger-Bewußtsein mit, in diesen Tagen schwerer Prüfungen, die Freiheit nur insoweit beschränkt zu haben, als das Heil der Republik dies selbst verlangte, und Demjenigen ein Beispiel hinterlassen zu haben, der seinerseits einmal berufen sein könnte, eben so ernste Pflichten zu erfüllen.

Cavaignac."

— Das heutige Journal des Débats enthält folgendes Nähere über das Schicksal des Erzbischofs von Paris: „Vorgestern, Sonntags, verließ derselbe um halb 6 Uhr den erzbischöflichen Palast und begab sich zum General Cavaignac, um denselben zu fragen, ob es ihm verboten wäre, sich in die Mitte der Insurgenten zu begeben und Friedensworte an sie zu richten. Der General empfing den Prälaten mit Zeichen lebhafter Bewegung und antwortete ihm, er könne es nicht auf sich nehmen, unter solchen Umständen einen Rath zu geben; sicher sei ein solcher Schritt sehr gefährlich, aber jedenfalls würde er selbst nur dankbar dafür sein können, und er zweifle nicht, daß die Bevölkerung von Paris eben so lebhaft ergriffen davon sein würde. Der Erzbischof erklärt alsbald, daß sein Entschluß gefaßt sei. Er kehrte eiligst nach dem erzbischöflichen Palast zurück, traf einige persönliche Anordnungen, und gegen 8 Uhr erschien er am Fuß der Bastillensäule. Irrthümlich ist verbreitet worden, der Prälat habe den Beistand mehrerer Repräsentanten begehrt oder angenommen. Es hatten sich allerdings Mehrere beeifert, dem Erzbischof dies Anerbieten zu machen, er lehnte jedoch alle ab. Auf dem Wege vom erzbischöflichen Palast nach der Bastille unterhielt er sich äußerst heiter über den heiligen Text: Pastor bonus dat animam suam pro ovibus suis. Blos seine beiden Großvikare begleiteten ihn. Die Militair-Behörde ließ das Feuer einstellen. Man brach einen Baumzweig auf dem Boulevard ab, und dies Friedenszeichen allein ging dem Prälaten und den beiden Geistlichen voran, welche zusammen die Barrikade bestiegen, auf der kurz vorher die Insurgenten einen Parlamentair empfangen hatten, der den Schritt des Erzbischofs ankündigte. Der ehrwürdige Seelenhirt hatte kaum einige salbungsvolle Worte an sie gerichtet, da fiel, wie durch Zufall, ein Schuß, ohne daß man genau zu sagen weiß, von welcher Seite. Dieser Schuß versetzte die Insurgenten sogleich in die äußerste Aufregung. Es wurde aus ihren Reihen gefeuert, und die Mobilgarde erwiederte das Feuer mit Energie. Die Beschaffenheit der Wunde läßt glauben, daß der Schuß, von oben nach unten abgefeuert, vermuthlich aus einem Fenster gekommen. Genug, der Erzbischof fiel, von einer Kugel in die Weichen getroffen, und wurde von den Insurgenten hinweggetragen. Kurz darauf brachten sie ihn in ihr Viertel zu dem Pfarrer des Spitals für die drei hundert Blinden. Einer der Aerzte der Insurgenten leistete ihm Beistand, und am nächsten Morgen, als die Waffenstillstands-Unterhandlungen angeknüpft waren, beeilte man sich, den Prälaten auf einem Tragbett nach dem erzbischöflichen Palast zurückzubringen. Diese fast einem Leichenzug ähnliche Handlung war von Kundgebungen begleitet, die denen, welche Zeuge davon waren, niemals aus dem Gedächtniß schwinden werde. Von Stunde zu Stunde verschlimmerte sich der Zustand des ehrwürdigen Kranken. Er hatte, ehe er die Vorstadt St. Antoine verließ, die letzten Sakramente empfangen, weil er während der Hinwegbringung seinen Geist auszuhauchen fürchtete. Gleich vorgestern Abend forderte er seinen Großvikar und seinen Freund, den Abbé Jacquemet auf, ihm kein Geheimniß aus der Gefährlichkeit seiner Wunde zu machen, und ohne irgend eine Gemüthsunruhe oder Klage bot er sofort unablässig Gott, sein Leben zum Opfer Frankreichs und für dessen Zukunft dar. Kein Wort entwich seinen Lippen, was noch eine Rückkehr zu den Banden der Erde angedeutet hätte." Dem Commerce zufolge, wäre der Erzbischof gestern Abend an den Folgen der Operation, der er sich unterziehen mußte, gestorben. Die Kugel soll das Rückenmark verletzt haben, so daß jede Rettung unmöglich war.

Triest, den 22. Juni. Gestern Abend versammelten sich die Bataillone der hiesigen Nationalgarde, um dem gefeierten Militair-Kommandanten Grafen Gyulai ihre Gefühle der Verehrung und Dankbarkeit darzulegen. Um 9 Uhr setzten sich die Bataillone unter Anführung ihres Ober-Kommandanten, Hrn. von Manziarly, die Musikbande des Oesterreichischen Lloyd an der Spitze, jedem Bataillone eine Schaar Fackelträger voran, in Bewegung und begaben sich bei der großen Kaserne vorüber nach der Wohnung des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Gyulei, vor welcher bereits die Musikbande der Nationalgarde, von Fackelträgern umgeben, sich aufgestellt hatte. Alle Fenster waren mit Zuschauern, meistentheils vom schönen Geschlechte, besetzt, zahlreiches Volk wogte in den Straße und den sie umgebenden Gassen und Plätzen. Der Feldmarschall-Lieutenant und der Gouverneur, umgeben von vielen Honorationen des Civils und Militairs, empfing den Zug auf dem Balkon. Als der Zug die ganze Straße ausgefüllt hatte, machte er Halt, die Musikbande stimmte die Volkshymne an, und ein einstimmiges donnerndes Evviva Gyulai! entscholl jedem Munde, hoch in der Luft flackerten die Fackeln, auf tausend Bajonnet-Spitzen wurden die mit Feldzeichen geschmückten Mützen, aus allen Fenstern weiße Tücher geschwenkt.

Der würdige Militair-Kommandant war tief ergriffen, er dankte mit wenigen, kräftigen, herzlichen Worten und schloß mit dem Rufe: Evviva Trieste con l'Austria, worauf zahllose Evvivas für den Kaiser, Oesterreich, die Monarchie, den Gouverneur, die felsentreuen Tyroler, die wackern Steyrer, den Deutschen Bund u. s. w. unter beständiger Begleitung der Volkshymne erfolgten. Zuletzt begab sich der Kommandant auf die Straße hinab und ließ die gesammte National-Garde an sich vorüber defiliren. Nicht die geringste Unordnung störte diese Feier.